



Per Mail an Kommission für Rechtsfragen NR

eazw@bj.admin.ch

17.523 Parlamentarische Initiative «Ermöglichung von Doppelnamen bei der Heirat»

Vernehmlassungsstellungnahme der Evangelischen Frauen Schweiz (Oktober 2022)

Die Evangelischen Frauen Schweiz (EFS) nehmen zum vorgesehenen Gesetz wie folgt Stellung:

1. Grundsatz

Die EFS stimmen wir der vorliegenden Revision des Namensrechts zu, weil wir in der vorgeschlagenen «grossen Lösung» valable Chancen erkennen, den Grundsatz der Unveränderbarkeit des Namens gemäss Art. 160 Abs. 1 ZGB zu stärken («Gleicher Name von der Wiege bis zur Bahre»). Gleichzeitig kann dem Wunsch, die Zusammengehörigkeit eines Paares bzw. einer Familie mit dem Namen zum Ausdruck zu bringen, weiterhin entsprochen werden.

Da die «kleine Lösung» nicht beiden Verlobten dieselben Möglichkeiten eröffnet, lehnen wir diese aus Gleichstellungsgründen entschieden ab.

2. Warum die Änderung sinnvoll ist

Wir sind überzeugt, dass mit der Wahlmöglichkeit von Doppelnamen mehr Verlobte ihren ledigen Namen als Teil ihres amtlichen Namens beibehalten werden, auch wenn sie sich für einen einheitlichen Familiennamen entscheiden. Fakt ist, dass seit der Einführung der geltenden Regelung 2013 sich viele Paare für einen einheitlichen Familiennamen entschieden haben. Dazu muss aber ein:e Partner:in bzw. Verlobte:r ihren/seinen ledigen Namen aufgeben, was mehr als zwei Drittel der Frauen machen. Das heisst, sie/er kann diesen ledigen Namen nur noch als nicht-amtlichen Allianznamen dem Familiennamen hintenanstellen. Diese Situation ist unhaltbar und widerspricht der angestrebten Stärkung des Grundatzes, dass eine Person ihren Namen das ganze Leben lang trägt.



3. Behalten des eigenen Namens wird gestärkt

Eine Ehe einzugehen ist nicht nur ein rechtlicher, sondern auch ein emotionaler Akt. Dabei ist der Wunsch nach einer Familiengründung bzw. von gemeinsamen Kindern häufig. Das ist aus unserer Sicht einer der Hauptgründe für viele Paare, sich für einen gemeinsamen Familiennamen zu entscheiden. Das Paar will die Zusammengehörigkeit untereinander und mit allfälligen Kindern zeigen. Dieser Familienname widerspricht eigentlich dem Grundsatz des Gesetzes, dass beide Ehepartner:innen ihren Ledignamen behalten und wird daher nur mittels Erklärung ermöglicht. Solange diese Regelung besteht, soll daher von beiden Ehepartnern der amtliche Doppelname geführt werden können, wie es die grosse Lösung vorsieht.

4. Vereinfachung der Komplexität bei «Grosser Lösung»

Die Komplexität von Beziehungskonstellationen und deren Benennung ist hoch, was sich in den Beispielen und Varianten zur «Grossen Lösung» eindrücklich zeigt. Diese Vielfalt würde durch die vorgeschlagene Umsetzung der «grossen Lösung» noch vergrössert, weil sie den Paaren grössere Freiheit in der (amtlichen) Namenswahl ermöglicht. Wir sind der Meinung, dass die «grosse Lösung» vereinfacht werden kann, indem Doppelnamen grundsätzlich ohne Bindestrich geschrieben werden und auf die Auswahl verzichtet wird (s. 4.4 verworfene Lösungsansätze und 4.7 Zukunft des Allianznamens). Die Allianznamen verlieren mit der «grossen Lösung» ihre Bedeutung, da die Paare die Möglichkeit erhalten, den (amtlichen) Doppelnamen zu wählen, der automatisch auch in den persönlichen Ausweisen aufgeführt wird.

5. Namenswahl der Kinder

Auch ist der Name der Kinder in die Revision einzubeziehen. Gemäss geltendem Recht sind Eheleute, die ihre Namen behalten, bereits im Zeitpunkt der Eheschliessung verpflichtet, den Namen allfälliger Kinder zu bestimmen. Diese Regelung führt dazu, dass häufig der Name des Mannes als Familienname gewählt wird, da die Namenswahl der Eheleute und die Namensführung der Kinder in engem Zusammenhang stehen. Müsste der Name von Kindern nicht bereits bei der Heirat bestimmt werden, ist davon auszugehen, dass Eheleute vermehrt ihre Namen im Sinne des Grundsatzes gemäss Art. 160 Abs. 1 ZGB beibehalten würden. Die EFS halten es für sinnvoll, eine Regelung vorzusehen, mit welcher die Eheleute erst bei der Geburt des ersten Kindes über die Namensführung von Kindern entscheiden müssen. Die Eheleute erhalten so die Möglichkeit, sich bei der Vorbereitung auf den neuen Lebensabschnitt mit einem gemeinsamen Kind nicht nur mit Aspekten wie Kinderbetreuung auseinanderzusetzen, sondern sich auch in Ruhe mit der Namensführung des Kindes zu befassen, wie sie dies schon heute bei der Wahl des Vornamens des Kindes tun.



Evangelische Frauen Schweiz (EFS)
Femmes Protestantes en Suisse (FPS)

Die EFS bedanken sich für die Entgegennahme ihrer Stellungnahme und hoffen, dass die aufgeworfenen Punkte Berücksichtigung finden.

Mit freundlichen Grüßen

Evangelische Frauen Schweiz EFS

Gabriela Allemann
Präsidentin

Jana König
Geschäftsleiterin

Über die Evangelischen Frauen Schweiz (EFS)

Die Evangelischen Frauen Schweiz (EFS) vertreten als Dachverband von protestantischen und ökumenischen Frauenverbänden und Einzelmitgliedern die Interessen von rund 37'000 Frauen. Sie setzen sich in kirchlichen, politischen und gesellschaftlichen Strukturen für gerechte Verhältnisse und gewaltfreie Lösungen von Konflikten ein. Sie orientieren sich an den befreienden Grundlagen des Evangeliums und stehen in Auseinandersetzung mit feministischen Theologien.



17.523 Parlamentarische Initiative «Ermöglichung von Doppelnamen bei der Heirat»

Vernehmlassungsstellungnahme der Eidgenössischen Kommission für Frauenfragen EKF (September 2022)

I. Grundsätzliches

Die Eidgenössische Kommission für Frauenfragen EKF lehnt die angestrebte Revision des Namensrechts ab. Sie bedeutet aus gleichstellungspolitischer Sicht einen Rückschritt gegenüber dem geltenden Recht.

Das neue Namensrecht ist nach einer bewegten Vorgeschichte mit mehreren Anläufen am 1. Januar 2013 in Kraft getreten. Seither gilt gemäss Art. 160 Abs. 1 ZGB der Grundsatz der Unveränderbarkeit des Namens, wie ihn zahlreiche europäische Rechtsordnungen kennen («Gleicher Name von der Wiege bis zur Bahre»). Die Eheschliessung wirkt sich nicht mehr auf die Namensführung der Ehegatten aus. Die rechtliche Gleichbehandlung von Frau und Mann beim ehelichen Namen ist umgesetzt. Die Leitziele des geltenden Namensrechts werden von der EKF vorbehaltlos unterstützt.

Vorab stellt sich die Frage, ob nach so kurzer Zeit überhaupt Reformbedarf besteht. Die Statistik zeigt, dass der Grundsatz, wonach jeder Ehegatte bei der Heirat seinen Namen behält, entgegen den gesetzgeberischen Intentionen in der Praxis noch die Ausnahme ist. Viele Ehepaare machen von der Möglichkeit gemäss Art. 160 Abs. 2 ZGB Gebrauch und wählen einen ihrer Ledignamen als gemeinsamen Familiennamen. Auffallend sind die eklatanten Unterschiede zwischen den Geschlechtern. Während rund zwei Drittel der Frauen den Namen des Mannes annehmen, ist dies umgekehrt nur selten der Fall. Damit haben sich die von der EKF in ihrer Stellungnahme vom September 2007 geäusserten Bedenken bestätigt: Die Option der Wahl eines gemeinsamen Namens führt dazu, dass es die Frauen sind, die den Namen des Ehemannes als Familiennamen akzeptieren.

Das traditionelle Bild, das die Familie als Einheit darstellt, ist in den Köpfen beider Geschlechter nach wie vor stark verankert. Bis Ende 1987 kam dem Ehemann die Stellung des Hauptes der Familie zu, die Ehefrau und die Kinder erhielten von Gesetzes wegen seinen Namen. Für viele Frauen ist es noch normal, dass sie mit der Heirat ihren Namen wechseln, so wie es auch die Mutter und die Grossmutter gemacht hat. Der Vorrang des Namens des Ehemannes, wie er über Jahrzehnte gesetzlich festgeschrieben war, wirkt nach. Die Wahlmöglichkeit gemäss Art.

160 Abs. 2 ZGB führt zu einem Druck auf die Frauen, die patriarchale Linie fortzusetzen und sich anzupassen. Dies verhindert die tatsächliche Gleichstellung. Die (Wieder-)Einführung von Doppelnamen als Zusatzoption würde - sowohl bei der «kleinen» als auch bei der «grossen» Lösung (s. unten) - den Grundsatz der Unveränderlichkeit des Geburtsnamens gemäss Art. 160 Abs. 1 ZGB noch mehr abschwächen. Zu den schon bestehenden Wahlmöglichkeiten käme eine dritte Möglichkeit hinzu, was zusätzliche Abweich- und Ausweichoptionen vom gleichstellungspolitischen Anliegen, dass Frauen ihren Ledignamen auch nach der Heirat behalten, eröffnen würde.

Falls das Namensrecht tatsächlich bereits nach wenigen Jahren revidiert werden soll, muss es in eine andere Richtung gehen. Aus gleichstellungspolitischer Perspektive drängt sich die Abschaffung der Wahlmöglichkeit gemäss Art. 160 Abs. 2 ZGB auf. Dies hätte auch den Vorteil, dass sich gesetzliche Bestimmungen zur Namensänderung bei Tod eines Ehegatten (Art. 30a ZGB) und bei Scheidung (Art. 119 ZGB) erübrigen würden. Die Erweiterung der Wahlmöglichkeiten, wie der Entwurf sie vorsieht, lehnt die EKF ab. Damit würden im Ergebnis Geschlechterstereotypen zementiert statt aufgebrochen.

Soll das Namensrecht tatsächlich bereits nach kurzer Zeit wieder geändert werden, ist der Name der Kinder in die Revision einzubeziehen. Gemäss geltendem Recht sind Ehegatten, die ihre Namen behalten, bereits im Zeitpunkt der Eheschliessung verpflichtet, den Namen allfälliger Kinder zu bestimmen. Diese Regelung führt dazu, dass häufig der Name des Mannes als Familienname gewählt wird, da die Namenswahl der Ehegatten und die Namensführung der Kinder in engem Zusammenhang stehen. Müsste der Name von Kindern nicht bereits bei der Heirat bestimmt werden, ist davon auszugehen, dass Ehegatten vermehrt ihre Namen im Sinne des Grundsatzes gemäss Art. 160 Abs. 1 ZGB beibehalten würden. Die EKF hält es – wie schon in einer früheren Stellungnahme – für sinnvoll, eine Regelung vorzusehen, mit welcher die Ehegatten erst bei der Geburt des ersten Kindes über die Namensführung von Kindern entscheiden müssen. Die Ehegatten erhalten so die Möglichkeit, sich bei der Vorbereitung auf den neuen Lebensabschnitt mit einem gemeinsamen Kind nicht nur mit Aspekten wie Kinderbetreuung auseinanderzusetzen, sondern sich auch in Ruhe mit der Namensführung des Kindes zu befassen, wie sie dies schon heute bei der Wahl des Vornamens des Kindes ja auch tun.

Mit dem neuen Namensrecht, das seit 2013 gilt, wurde ein Systemwechsel vollzogen. Die Tradition der Namenseinheit der Familie, wie sie seit 1912 galt, wurde aufgegeben zu Gunsten des Prinzips der Unveränderlichkeit des Geburtsnamens. Es gibt keinen Grund, nach so kurzer Zeit zum alten System zurückzukehren unter Wiedereinführung des Doppelnamens. Wer das Bedürfnis hat, die Zugehörigkeit mit einem einheitlichen Namen auszudrücken, kann dies mit einem Allianznamen (dem eigenen Namen wird der Name des Ehegatten mit Bindestrich hinzugefügt, z.B. «Keller-Suter») tun. Die Verbindung zu einem Ehegatten und den Kindern kann auf diese Weise gegen aussen sichtbar gemacht werden. Zwar handelt es sich beim Allianznamen nicht um einen amtlichen Namen, der im Personenstandsregister eingetragen wird. Er

lässt sich jedoch im täglichen Leben problemlos benützen und kann auf Verlangen im amtlichen Verkehr verwendet und in Ausweispapieren eingetragen werden. Was der Zusatznutzen eines amtlichen Doppelnamens – sei es mit oder ohne Bindestrich – sein soll, erschliesst sich nicht.

Einer der Megatrends in der modernen Gesellschaft ist die Individualisierung. Der Name ist ein wichtiges Element der Identität und der Persönlichkeit eines Individuums. Dies spricht klar für die Beibehaltung des Grundsatzes der Namenskontinuität. Zu berücksichtigen ist auch, dass bei einer Scheidungsquote von über 40 Prozent und weit verbreiteten nichtehelichen Lebensgemeinschaften im Alltag die Namenseinheit der Familie erheblich an Gewicht verloren hat. Wer Gemeinsamkeit schaffen will, hat viele Möglichkeiten, einen einheitlichen Namen braucht es dafür nicht.

Die Rückkehr zur Namenseinheit in der Familie steht der gesellschaftlichen Entwicklung diametral entgegen und bedeutet einen Rückschritt. Die Tendenz geht dahin, Sozialversicherungen und andere staatliche Leistungen sowie die Besteuerung unabhängig vom Zivilstand auszugestalten. Es ist nurmehr konsequent, auch den Namen gänzlich vom Zivilstand zu entkoppeln. Anhand des Namens auf den Zivilstand schliessen zu können, ist überholt und diskriminierend. Aus dem Namenskonstrukt soll nicht gelesen werden können, ob eine Person verheiratet ist oder nicht.

II. Zu den Lösungsvorschlägen

1. «Kleine Lösung»

Gemäss dieser Lösung bestimmen die Ehegatten den gemeinsamen Familiennamen. Jene Person, deren Name nicht zum gemeinsamen Familiennamen wird, kann den bisherigen Namen dem Familiennamen voranstellen. Diese Lösung entspricht dem Recht, wie es vor 2013 galt.

Die Wiedereinführung dieses Doppelnamens würde alte Rollenmuster fortschreiben und widerspricht einer fortschrittlichen Gleichstellungspolitik. Absehbar wäre, dass zumeist der Name des Mannes zum Familiennamen würde. Doppelnamen würden viele Frauen, aber kaum je ein Mann tragen. Ein zeitgemässes Namensrecht sieht anders aus. Es ist denn auch nicht erstaunlich, dass die Parlamentarische Initiative aus Kreisen kommt, die bislang nicht mit Engagement in Gleichstellungsfragen aufgefallen sind.

2. «Grosse Lösung»

Die «grosse Lösung» ermöglicht – im Gegensatz zur «kleinen Lösung» – beiden Ehegatten, einen Doppelnamen zu tragen. Sie können ihren eigenen Namen behalten und den Namen des anderen Ehegatten anfügen. Oder sie erklären einen Namen zum gemeinsamen Familiennamen und fügen den anderen Namen an, so dass sie beide den identischen Doppelnamen tragen. Zusätzlich können die Ehegatten wählen, ob die Doppelnamen mit einem Bindestrich verbunden sein sollen oder nicht.

Aus gleichstellungspolitischer Sicht ist die «grosse Lösung» der «kleinen Lösung» vorzuziehen. Der faktische Vorrang des Namens des Ehemannes wird bei diesem Vorschlag weitgehend eliminiert. Die vielfältigen Wahlmöglichkeiten und das Nebeneinander von Namen mit und ohne Bindestrich sind jedoch mit erheblichen Nachteilen behaftet. Das Namensrecht wird kompliziert und unübersichtlich, was sich zu Lasten der Praktikabilität und der Rechtssicherheit auswirkt.

Ziel sollte eine gesetzliche Regelung sein, die diskriminierungsfrei und einfach ist. Dieses Ziel lässt sich am besten dadurch erreichen, dass jeder Ehegatte bei der Heirat seinen Namen behält, wie es Art. 160 Abs. 1 ZGB vorsieht, jedoch die Wahlmöglichkeit gemäss Art. 160 Abs. 2 ZGB aufgehoben wird. Die Stellung der Frau wird gestärkt, indem sie ihren angestammten Namen ohne Wenn und Aber behält, so, wie es für die meisten Männer eine Selbstverständlichkeit ist.



17.523 Initiative parlementaire « Autoriser le double nom en cas de mariage »

Prise de position de la Commission fédérale pour les questions féminines CFQF dans le cadre de la procédure de consultation (septembre 2022)

I. Principes

La Commission fédérale pour les questions féminines CFQF rejette la révision proposée du droit du nom, car elle constitue, au regard de la politique en faveur de l'égalité entre femmes et hommes, un recul par rapport au droit en vigueur.

Le 1^{er} janvier 2013, après de longues tergiversations, le nouveau droit du nom entrait en vigueur. Depuis, selon l'art. 160, al. 1 CC, le principe de la continuité du nom s'applique, comme dans de nombreux systèmes juridiques européens (« même nom de la naissance à la mort »). La conclusion du mariage n'a plus d'incidence sur le nom des époux. L'égalité de traitement juridique entre femmes et hommes en ce qui concerne le nom matrimonial est ainsi garantie. La CFQF appuie sans réserve les objectifs généraux du droit du nom en vigueur.

Se pose tout d'abord la question de la nécessité d'une nouvelle réforme si peu de temps après la dernière révision du droit du nom. Les statistiques le montrent : malgré l'intention du législateur de faire prévaloir le principe du maintien du nom de famille de chaque époux après le mariage, son application demeure une exception dans la pratique. De nombreux couples font usage de la possibilité que leur accorde l'art. 160, al. 2 CC de choisir le nom de célibataire de l'un des époux comme nom de famille commun. À cet égard, le déséquilibre entre les sexes est frappant : environ deux tiers des femmes prennent le nom de leur époux, tandis que l'inverse reste rare. Ainsi, les craintes exprimées par la CFQF dans sa prise de position de septembre 2007 se sont réalisées : la possibilité de choisir un nom de famille commun a pour effet d'inciter les femmes, majoritairement, à accepter le nom de leur futur mari comme nom de famille.

Le stéréotype traditionnel d'une vision unitaire de la famille reste profondément ancré dans les mentalités des femmes comme des hommes. Jusqu'à fin 1987, le mari se voyait attribuer la qualité de chef de famille, et la loi imposait que son épouse et ses enfants portent son nom. Pour de nombreuses femmes, il est encore normal de changer de nom lors de leur mariage, comme l'ont fait leurs mères et leurs grands-mères. La primauté du nom de l'homme, telle

qu'elle a été instituée pendant des décennies par la loi, demeure effective. La possibilité de choix selon l'art. 160, art. 2 CC exerce une pression sur les femmes, les incitant à perpétuer le modèle patriarcal et à changer de nom. Cette situation compromet dans les faits l'égalité entre femmes et hommes. L'introduction (la réintroduction) du double nom comme option supplémentaire affaiblirait davantage encore le principe du maintien du nom de naissance selon l'art. 160 al. 1 CC tant dans le cas de la « petite » que de la « grande » solution (voir ci-dessous). En plus des possibilités de choix existantes, une troisième possibilité serait envisageable : elle ouvrirait la porte à des alternatives supplémentaires de la question de l'égalité entre femmes et hommes selon lesquelles les femmes peuvent conserver leur nom de célibataire après le mariage.

Si le droit du nom doit effectivement être révisé, alors il faut aller dans une tout autre direction. Au regard de la politique en faveur de l'égalité entre femmes et hommes, la suppression de la possibilité de choix selon l'art. 160, al. 2 CC apparaît nécessaire. Cela présenterait également l'avantage de rendre superflues les dispositions légales concernant le changement de nom au décès d'un des époux (art. 30a CC) et en cas de divorce (art. 119 CC). La CFQF s'oppose à l'extension des possibilités de choix telle que la prévoit le projet de révision, car elle aurait pour résultat de renforcer plutôt que d'abolir les stéréotypes de genre.

Si le droit du nom doit effectivement déjà être révisé après si peu de temps, le nom des enfants doit être pris en considération dans la révision en question. Conformément au droit en vigueur, les époux qui conservent leur nom sont tenus de décider du nom de leurs enfants éventuels dès la conclusion du mariage. Du fait de cette règle, c'est souvent le nom de l'homme qui est choisi comme nom de famille, car il existe un lien étroit entre le choix du nom des époux et de celui des enfants. Si le nom des enfants ne devait pas être déterminé dès la conclusion du mariage, on peut supposer que les époux seraient plus nombreux à conserver leur nom au sens du principe énoncé à l'art. 160 al. 1 CC. La CFQF juge judicieux – tout comme dans une prise de position précédente – de prévoir une règle en vertu de laquelle les époux ne doivent choisir le nom de leurs enfants qu'à la naissance de leur premier-né. Les époux pourraient ainsi, alors qu'ils se préparent à leur nouvelle vie avec un enfant, ne pas avoir à s'occuper uniquement d'aspects pratiques comme la garde d'enfant par exemple, mais auraient aussi la possibilité de choisir en toute tranquillité le nom de leur enfant comme ils le font d'ores et déjà pour son prénom.

Le nouveau droit du nom en vigueur depuis 2013 a institué un changement de système. La tradition de l'unité de nom de la famille, en vigueur depuis 1912, a été abandonnée au profit du principe du maintien du nom de naissance. Rien ne justifie que l'on revienne à l'ancien système après si peu de temps en réintroduisant le double nom. Les personnes souhaitant exprimer leur appartenance à une famille par un nom commun peuvent recourir au nom dit d'alliance (consistant à apposer le nom du conjoint ou de la conjointe à son propre nom à l'aide d'un trait d'union, p. ex. « Keller-Suter »). Cette solution permet d'affirmer, vis-à-vis de personnes

extérieures à la famille, le lien familial avec un conjoint ou une conjointe ainsi qu'avec les enfants. Certes, le nom d'alliance n'est pas un nom officiel inscrit à l'état civil. Cependant, il est tout à fait possible de l'utiliser dans la vie quotidienne, et il peut sur demande être utilisé dans la correspondance officielle et apparaître sur les documents d'identité. Dès lors, instaurer un double nom (avec ou sans trait d'union) qui serait officiel ne semble présenter aucun avantage supplémentaire.

L'individualisation est l'une des grandes tendances de notre société moderne. Le nom est un élément essentiel de l'identité et de la personnalité d'un individu. Cet état de fait parle clairement en faveur du maintien du principe de la continuité du nom. Soulignons également que, avec un taux de divorce de plus de 40 % et une tendance répandue à la communauté de vie non maritale, l'unité de nom de la famille a considérablement perdu en importance au quotidien. De nombreuses possibilités s'offrent aux couples souhaitant créer une communauté de vie, sans qu'il soit besoin d'avoir un nom de famille commun.

Le retour à l'unité de nom de la famille apparaît diamétralement opposé à l'évolution sociétale et équivaldrait donc à une régression. Selon la tendance actuelle, les assurances sociales et les autres prestations étatiques, de même que l'imposition, sont organisées indépendamment de l'état civil. Il semble donc logique de décorréliser entièrement le nom de l'état civil. Pouvoir déduire la situation maritale d'une personne à partir de son nom est une exigence obsolète et un facteur discriminant. La graphie du nom de famille ne doit pas permettre de savoir si une personne est mariée ou pas.

II. Concernant les propositions de solution

1. « Petite solution »

Selon cette solution, les époux déterminent leur nom de famille commun. La personne dont le nom n'est pas retenu comme nom de famille commun peut conserver son ancien nom en l'antéposant au nom de la famille. Cette solution correspond au droit en vigueur jusqu'en 2013.

La réintroduction de ce double nom perpétuerait l'ancienne répartition des rôles et irait à l'encontre d'une politique progressiste d'égalité entre femmes et hommes. Il faudrait alors s'attendre, dans la plupart des cas, à ce que le nom de l'homme soit choisi comme nom de famille. De nombreuses femmes porteraient un double nom, tandis que pratiquement aucun homme ne ferait ce choix. Ce n'est pas là l'esprit d'un droit du nom moderne. On constate d'ailleurs sans surprise que cette initiative parlementaire émane de cercles qui ne se sont pas jusqu'à présent illustrés pour leur engagement en faveur de l'égalité entre femmes et hommes.

2. « Grande solution »

Contrairement à la « petite solution », la « grande solution » donne aux deux époux la possibilité de porter un double nom. Chacun peut conserver son propre nom en le faisant suivre de celui de son conjoint ou de sa conjointe, ou alors les deux époux choisissent un nom de

famille commun qu'ils font suivre de l'autre nom, si bien que les deux personnes portent le même double nom. Par ailleurs, les époux peuvent choisir si le double nom doit s'écrire avec ou sans trait d'union.

Du point de vue de la politique en faveur de l'égalité entre femmes et hommes, la « grande solution » doit être privilégiée par rapport à la « petite solution ». Cette proposition permet d'éliminer largement la primauté de fait du nom de l'homme dans le couple. Les multiples possibilités de choix et la juxtaposition du nom avec ou sans trait d'union présentent toutefois des inconvénients notables. Le droit du nom devient complexe et opaque, ce qui va à l'encontre du sens pratique et de la sécurité juridique.

L'objectif devrait être une législation simple et non discriminatoire. La meilleure façon de réaliser cet objectif consisterait à disposer que chaque époux conserve son nom lors du mariage, comme le prévoit l'art. 160, al. 1 CC, et à supprimer la possibilité de choix selon l'art. 160, al. 2 CC. La position de la femme s'en trouverait renforcée, puisqu'elle conserverait son nom d'origine en toute circonstance, un droit que la plupart des hommes considèrent comme allant de soi.

Traduction : Julie Bégic



Versand per E-Mail: eazw@bj.admin.ch

Nationalrat Kommission für Rechtsfragen
3003 Bern

Regensdorf, 08. Oktober 2022

**Vernehmlassung der RK-N zur Umsetzung der parlamentarischen Initiative [17.523](#) n Pa. Iv. (Stamm)
Walliser. Ermöglichung von Doppelnamen bei der Heirat**

Sehr geehrte Damen und Herren

Als Dachorganisation der über 200 angeschlossenen muslimischen Vereine in der Schweiz vertritt die Föderation islamischer Dachorganisationen Schweiz (FIDS) die Interessen von der Mehrheit der organisierten Muslime in der Schweiz. Sie haben uns eingeladen, zur obengenannten Vernehmlassungsvorlage Stellung zu nehmen. Für diese Gelegenheit danken wir Ihnen bestens.

Die FIDS begrüsst den neuen Vorstoss zur Wiedereinführung von amtlichen Doppelnamen. Die seit 2013 geltende Rechtslage erlaubt es Verlobten nicht mehr, nach einer Heirat einen amtlichen Doppelnamen zu bilden. In der Praxis hat dies unter anderem zur Folge, dass viele Frauen ihren Ledignamen und damit einen Teil ihrer Identität aufgeben. Die FIDS ist der Ansicht, dass einige Änderungen sinnvoll wären und unterstützt daher klar die Revision des Namensrechts.

Die FIDS spricht sich eher für die "kleine Lösung" aus. Diese sei leichter umzusetzen und klarer. Mit dieser Regelung wird zudem die Einheit der Familie durch den gemeinsamen Familiennamen zum Ausdruck gebracht und gleichzeitig die Bildung eines amtlichen Doppelnamens ermöglicht. Das Namensrecht der Kinder muss auch berücksichtigt werden. Die "große Lösung" könnte zu unerwünschten Situationen führen, in denen ein minderjähriges Kind zum einzigen Familienmitglied wird, das den Ledignamen eines Elternteils trägt (wobei die Eltern sich möglicherweise für einen Doppelnamen entschieden haben). Die FIDS ist daher überzeugt, dass die "kleine Lösung" den verschiedenen Anliegen einer großen Anzahl von Ehepaaren besser gerecht wird und die Kontinuität des Namens als Persönlichkeitsrecht sicherstellt.

Der Vorstand der FIDS dankt für die Möglichkeit zur Stellungnahme und für die Berücksichtigung der vorstehenden Ausführungen.

Mit freundlichen Grüßen

Im Namen der FIDS – Föderation islamischer Dachorganisationen Schweiz

Dr. Montassar BenMrad
Präsident

eazw@bj.admin.ch (PDF- und Word-Version)

Bern, im September 2022
PS/PD

Vernehmlassung 2022/41: Schweizerisches Zivilgesetzbuch (Doppelname bei der Eheschliessung)

Sehr geehrter Herr Präsident,
sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 17. Juni 2022 haben Sie das rubrizierte Vernehmlassungsverfahren eröffnet. Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme.

Der Dachverband Freikirchen Schweiz (vormals VFG) ist ein nationaler Kirchenverband mit gegenwärtig 17 freikirchlichen Bewegungen aus der Deutschschweiz und dem Tessin, zu denen über 700 örtliche Kirchen mit ihren diakonischen Werken gehören. Nach Schätzungen machen die Evangelisch-Freikirchlichen 2,5-3,2% der Schweizer Bevölkerung aus.

Neben der Schweizer Bischofskonferenz und dem Schweizerischen Evangelischen Kirchenbund versteht sich Freikirchen.ch zusammen mit dem Réseau als dritte Kraft der christlichen Kirchen in der Schweiz und als Sprachrohr für die gemeinsamen Anliegen der Freikirchen. Das Nationale Forschungsprogramm "Religionsgemeinschaften, Staat und Gesellschaft" (NFP 58) hat 2008 für ein normales Wochenende in der Schweiz 690'000 Personen ermittelt, die an einem religiösen Ritual teilnehmen. 189'070 Personen (27.4%) machen das in einem freikirchlichen Gottesdienst (gegenüber 99'352 Personen (14.4%) in ev. ref. Kirchen und 264'596 (38,4%) in katholischen Gemeinden.)

Freikirchen.ch debattiert sehr unterschiedliche Fragen. Wir begrenzen uns nicht nur auf kulturelle und religiöse Fragen. Für uns ist es von entscheidender Wichtigkeit, dass wir im 21. Jahrhundert in unserer Gesellschaft zu einem gelingenden Miteinander finden. Dazu möchten wir beitragen.

Unser Dachverband begrüsst die vorgesehene Gesetzesänderung. Er spricht sich für die grosse Lösung aus.

Nach Meinung unseres Verbandes sollte das Namensrecht möglichst freiheitlich ausgestaltet werden. Die vorgesehenen Änderungen sind zudem ehefreundlich, indem mit dem Namen die gemeinsame Beziehung zum Ausdruck gebracht werden kann.

Kontaktperson: Peter D. Deutsch, Fürsprecher, deutsch@ad-p.ch.

Freundliche Grüsse



Peter Schneeberger, Präsident
DACHVERBAND FREIKIRCHEN.CH

**KONFERENZ DER KANTONALEN AUFSICHTSBEHÖRDEN IM ZIVILSTANDSDIENST
CONFÉRENCE DES AUTORITÉS CANTONALES DE SURVEILLANCE DE L'ÉTAT CIVIL
CONFERENZA DELLE AUTORITÀ CANTONALI DI VIGILANZA SULLO STATO CIVILE**

Kommission für Rechtsfragen
des Nationalrates
Sekretariat
3003 Bern

Per Mail an:
eazw@bj.admin.ch

Münsingen, 26. September 2022

Vernehmlassung zur Vorlage „Ermöglichung von Doppelnamen bei der Heirat“
Stellungnahme Konferenz der Kantonalen Aufsichtsbehörden im Zivilstandsdienst (KAZ)

Sehr geehrter Herr Kommissionspräsident
Sehr geehrte Kommissionsmitglieder
Sehr geehrte Damen und Herren

Sie laden in der eingangs erwähnten Angelegenheit zur Vernehmlassung ein. Gerne nutzen wir die Gelegenheit und lassen uns als Fachkonferenz im Zivilstandswesen vernehmen. Gerne nehmen wir zu den geplanten Gesetzesänderungen Stellung.

Grundsätzlich begrüssen wir die Möglichkeit für Eheleute, in Zukunft einen amtlichen Doppelnamen führen zu können. Die beiden vorgeschlagenen Varianten, insbesondere die zweite Variante, lehnen wir jedoch ab. Die beiden Lösungsansätze gehen einerseits zu wenig weit, indem sie beispielsweise das momentan geltende Prinzip des Ledignamens unbesehen übernehmen und damit die Interessen der Kinder zu wenig bzw. überhaupt nicht berücksichtigen. Andererseits sind sie zu komplex und kompliziert, um alltagstauglich angewendet zu werden. Beide Varianten, insbesondere aber die zweite Variante, würden zu grosser Verwirrung und Unsicherheit führen. Dies zeigt sich anhand eines Beispiels mit zwei Eheleuten die jeweils ihren vor der Ehe geführten und nicht ihrem Ledignamen entsprechenden Namen beibehalten. Ihre Kinder würden aufgrund der zwingend zu berücksichtigenden Anknüpfung an die Ledignamen anders wie ihre Eltern heissen. Daran zeigt sich auch, dass das vorgegebene Ziel der Vorlage, nämlich die familiäre Zusammengehörigkeit mittels des Namens zum Ausdruck zu bringen, mit den vorgeschlagenen Varianten nicht erreicht wird.

Heute sind Ehegatten, welche keinen gemeinsamen Familiennamen führen, verpflichtet, den Ledignamen der Kinder anlässlich der Eheschliessung, bzw. des Ehevorbereitungsverfahrens

festzulegen. Dies zeigt, dass die Namenswahl der Ehegatten in einem engen Zusammenhang mit der Namensführung der Kinder steht und nicht losgelöst davon zu betrachten ist. Schon deshalb ist es nicht sinnvoll, die Namensführung der Kinder aus der Vorlage auszuklammern. Zudem ist zu beachten, dass das heute geltende Namensrecht ungenügend ist und die Namensänderungsbehörden im Rahmen von Art. 30 Abs. 1 ZGB zum Teil korrigierend eingreifen müssen.

Wir beantragen, die Vorlage vollständig zu überarbeiten und zu vereinfachen. Dabei sollen insbesondere folgende Punkte berücksichtigt bzw. in die Überlegungen miteinbezogen werden:

- Die aktuelle und in der Vorlage übernommene exklusive Anknüpfung an den Ledignamen ist aufzugeben. Wie zwischen 1988 und 2012 soll ein von einem der Ehegatten vor der Trauung geführter Name unabhängig von dessen Qualifikation als Ledignamen zum gemeinsamen Familienname bestimmt werden können. Nach einer Eheauflösung soll jederzeit die Rückkehr zum vor der Ehe getragenen Familiennamen oder zum Ledignamen möglich sein.
- Bei einem gemeinsamen Familiennamen soll der bisher geführte Name oder der Ledignamen mit Bindestrich angefügt werden können. Hat sich sodann das Prinzip des Allianznamen in der Schweiz bewährt, stellt sich die Frage, ob dieser nicht zu einer amtlichen und somit in Infostar zu beurkundenden Namensführung deklariert wird.
- Auch bei der Bestimmung der Namensgebung bei Kindern ist zwingend die "Selbstbeschränkung" auf Ledignamen fallen zu lassen. Nur so lässt sich sicherstellen, dass Kinder den tatsächlich von einem ihrer Elternteile geführten Namen tragen und damit auch für Dritte erkennbar eine Familieneinheit bilden.
- Wird die Ermöglichung von Doppelnamen bei Ehegatten angestrebt, ist absehbar, dass entsprechende Forderungen auch für die Namensführung von Kindern laut werden. Die Kommission für Rechtsfragen des Nationalrates soll sich ebenfalls mit dieser Option auseinandersetzen.
- Die Verpflichtung zur Namensbestimmung der gemeinsamen Kinder bereits im Rahmen des Ehevorbereitungsverfahrens drängt sich in der Praxis nicht auf. Die Eltern sollen sich diesbezüglich neu zum Zeitpunkt der Geburt festlegen dürfen.

Im Gesamtkontext des Namensrechts soll zudem im Zuge der Parlamentarischen Initiative Walliser die Möglichkeit ergriffen werden, die Zuständigkeit für Namensänderungen den aktuellen Gegebenheiten und Bedürfnissen anzupassen. Art. 30 Abs. 1 ZGB benennt die Regierung des Wohnsitzkantons als Namensänderungsbehörde. Tatsächlich werden die entsprechenden Entscheidungen aber schon aktuell meist von den kantonalen Aufsichtsbehörden im Zivilstandsdienst getroffen.

Ein Namensänderungsgesuch kann nur vollständig und richtig beurteilt werden, sofern das spezifische Fachwissen und die nötigen Personenstandsregisterinformationen vorhanden sind. Letzteres kann durch eine Namensänderungsbehörde ohne direkte Verbindung zur kantonalen Aufsichtsbehörde im Zivilstandsdienst nur mit viel zusätzlichem Aufwand (auch für Gesuchstellende -> je nach Konstellation Beschaffung und Kauf von mehreren Dokumenten) gewährleistet werden. Mit der Entwicklung seit den letzten, in kürzeren Rhythmen erfolgten Namensrechtsrevisionen, wird diese Abhängigkeit immer offensichtlicher. So bedingen die bereits oben erwähnten, notwendigen und vorgesehenen Korrektur Namensänderungen nach abgelaufenen Namenserklärungsfristen (teilweise in den Materialien erwähnt) eine generelle

Beurteilung der personenstandsrechtlichen Situation der Gesuchstellenden und ggf. von Familienangehörigen. Aus den vorstehenden Gründen ist es naheliegend, dass in Art. 30 Abs. 1 ZGB neu die kantonalen Aufsichtsbehörden im Zivilstandsdienst als Namensänderungsbehörde aufgeführt werden.

Wir danken Ihnen bestens für die Berücksichtigung unserer Eingabe.

Freundliche Grüsse

KONFERENZ DER KANTONALEN AUFSICHTSBEHÖRDEN IM ZIVILSTANDSDIENST

Namens des Vorstandes

Der Präsident:



Jon Peider Arquint

Der Geschäftsführer:



Walter Grossenbacher

Kopie an

- Mitglieder KAZ
- KKJPD
- SVZ, Präsident Roland Peterhans



Konferenz der Kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren
Conférence des directrices et directeurs des départements cantonaux de justice et police
Conferenza delle direttrici e dei direttori dei dipartimenti cantonali di giustizia e polizia

Per Mail an:
eazw@bj.admin.ch

Bern, 21.09.2022
13 jäg

**Vernehmlassung der RK-N zur Umsetzung der parlamentarischen Initiative 17.523 n Pa. Iv.
(Stamm) Walliser. Ermöglichung von Doppelnamen bei der Heirat**

Sehr geehrte Damen und Herren

Die Konferenz der Kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren (KKJPD) wurde eingeladen, zur oben erwähnten Vernehmlassung Stellung zu nehmen. Wir danken Ihnen dafür bestens.

Der Vorstand KKJPD hat in seiner Sitzung vom 27. Juni 2022 beschlossen, auf eine Stellungnahme im Namen der KKJPD zu verzichten. Für die fachliche Einschätzung der Vorlage verweisen wir auf die Stellungnahme der Konferenz der Kantonalen Aufsichtsbehörden im Zivilstandsdienst (KAZ).

Besten Dank für die Kenntnisnahme.

Mit freundlichen Grüssen

Florian Düblin
Generalsekretär

M. Marcello Cangialosi
Rue de Moillebeau 42 B
1209 Genève
marcellocangialosi@hotmail.com
0764378037

Commission des affaires juridiques
CH-3003 Berne

Procédure de consultation 2022/41
Code civil suisse (double nom en cas de mariage)

Monsieur le Président de la Commission des affaires juridiques,
Madame, Monsieur,

Par la présente, je me permets de vous faire part de mes commentaires dans le cadre de la procédure de consultation 2022/41 portant sur l'avant-projet visant à mettre en œuvre l'initiative parlementaire 17.523 (Stamm) Walliser « Autoriser le double nom en cas de mariage ».

Bien que je salue les avancées très positives que cet avant-projet représente pour les couples qui choisissent de se marier, je trouve regrettable que la commission des affaires juridiques (CAJ) ne saisisse pas l'occasion de ce débat pour également proposer une évolution en matière du nom des enfants des couples mariés. A la lecture de l'avant-projet il reste un sentiment d'inachevé qui interroge sur la portée et l'utilité finale du compromis trouvé. Mes remarques portent principalement sur trois points :

Point 1. Nom des enfants

Je relève tout d'abord que le rapport prend d'emblée de court le lecteur-citoyen en indiquant que « le projet de loi n'aura pas d'effet sur le nom des enfants ¹ », sans donner d'explication sur les raisons qui motivent la décision de la CAJ de ne pas débattre d'une évolution qui pourrait être positive en matière du nom de l'enfant, thème pourtant directement corrélé au nom des parents mariés.

Le moment semble pourtant opportun pour que le législatif ouvre le débat sur le double nom des enfants, refusé jusqu'ici et une nouvelle fois encore avec cet avant-projet. Pour quelles raisons ? Il s'agit d'une réelle occasion manquée qui suscite l'incompréhension de la génération des 25-45 ans dans un pays moderne comme le nôtre.

Comme le démontrent en effet les études comparatives les plus récentes sur le droit du nom², que le rapport lui-même cite, « la tendance générale dans le monde occidental est à un large choix du nom pour les personnes mariées et pour les enfants ». Il est surprenant dès lors que malgré une sympathie démontrée depuis plusieurs années dans la population suisse pour cette solution, celle-ci ne soit pas examinée par CAJ. Une telle solution constituerait par ailleurs une évolution plus égalitaire en matière de genre au sein de notre société.

Je demande donc que la commission des affaires juridiques (CAJ) :

- présente de manière exhaustive les différents scénarios examinés parmi lesquels les deux scénarios proposés dans l'avant-projet ont été retenus (« petite » et « grande » solution) ;
- explique les raisons qui poussent la CAJ à ne pas entrer en matière sur une évolution positive concernant le nom des enfants ;
- réexamine son avant-projet en proposant une modification du Code civil (art. 270 et ss.) de manière à le faire évoluer positivement en matière du nom de l'enfant, incluant la possibilité de transmettre aux enfants de couples mariés un double nom, composé des noms de célibataires des deux parents, afin de s'aligner sur la tendance des pays animés d'un esprit des lois similaire au nôtre en Suisse. Une proposition d'amendement pourrait être la suivante³ :

¹ 17.523 Initiative parlementaire Autoriser le double nom en cas de mariage, Rapport explicatif de la Commission des affaires juridiques du Conseil national (ci-après « Rapport explicatif »), p.2.

² BADDELEY, Margareta. Le droit du nom suisse : état des lieux et plaidoyer pour un droit "libéré". La pratique du droit de la famille, 2020, vol. 21, no. 3, p. 613-643.

³ BADDELEY, Margareta, p. 641.

M. Marcello Cangialosi
Rue de Moillebeau 42 B
1209 Genève
marcellocangialosi@hotmail.com
0764378037

« (...) Art. 270 Le nom de l'enfant de parents investis de l'autorité parentale conjointe

1 Les parents investis de l'autorité parentale conjointe déclarent à l'officier de l'état civil à la naissance ou à l'adoption de leur premier enfant le nom choisi pour celui-ci. Ce nom peut être le nom commun des parents, le nom simple ou double de l'un ou de l'autre parent, ou un double nom composé de deux éléments provenant du nom de la mère et du nom du père.

2 Dans le délai d'un an, les parents peuvent déclarer conjointement à l'officier de l'état civil que l'enfant portera un autre nom parmi les noms autorisés.

3 Les enfants nés ou adoptés ultérieurement portent le même nom.

4 Les changements ultérieurs de l'attribution de l'autorité parentale n'ont pas d'effet sur le nom de l'enfant. Si l'autorité parentale est retirée à l'un des parents pendant l'année suivant la naissance ou l'adoption de l'enfant, le droit de modifier le nom de l'enfant échoit à l'autre parent. Si l'autorité parentale est retirée aux deux parents, l'enfant conserve son nom. (...) »

Point 2. Argument du lien familial

Un autre point m'interpelle.

La génération actuelle de parents en Suisse, dont je fais partie, estime que la possibilité de transmettre un double nom à nos enfants, composé des noms de célibataire des deux parents, est la forme la plus égalitaire qui réponde aux souhaits des parents, mariés ou non, de mettre en évidence le lien qui les unit à leurs enfants.

La manière dont le rapport explicatif évoque la satisfaction de ce besoin repose sur une argumentation faible et partial qui peut induire le lecteur en erreur quant à la portée réelle de la révision proposée⁴. Pour un parent c'est moins « la perception par autrui du lien qui les unit à leur enfant » qui importe mais davantage le sentiment d'identification obtenu par la transmission du nom à son enfant. Le rapport omet en outre d'indiquer que cela est certainement valable pour l'enfant également durant son propre développement cognitif, ce dont je peux témoigner en tant que père. En effet, un parent qui ne peut pas transmettre son nom de célibataire à son enfant, même s'il opte pour un double nom de mariage partagé avec son/sa conjoint-e, tel que proposé par cette révision, continuera de se sentir lésé dans le lien qui l'unit à son propre enfant - et potentiellement frustré dans son couple - par rapport à une contrainte qu'il se voit inutilement imposé consistant à devoir attribuer le nom de l'autre géniteur légitime à son propre enfant.

Du point de vue des enfants : comme le mentionnent les références suisses les plus récentes en la matière « Le double nom de l'enfant ôterait le danger que le nom de l'enfant soit dégradé en objet de négociations entre futurs époux (...) » mais surtout « *il laisse l'enfant se forger son identité propre sans influence préalable d'une des deux lignes parentales*, que ce soit dans le contexte multi-relational d'une famille recomposée, mais aussi dans les cas où l'enfant vit avec ses deux parents. »⁵

La fonction « d'identification psychologique personnelle et de représentation de soi » n'est donc pas atteinte, contrairement à ce qu'indique le rapport explicatif, si l'on prend pour référence le vécu réel des parents qui sont dans cette situation.

Comme l'indique par ailleurs une autre étude d'envergure internationale, « du point de vue de la société, se pose la question de savoir *si le moment du mariage est le meilleur moment pour le choix du nom des enfants*,

⁴ "Rapport explicatif", p.9, « Il est également important de noter que le nom sert d'une part à identifier l'appartenance familiale dans la lignée familiale horizontale et verticale (ascendance) et il permet d'autre part l'identification psychologique personnelle et la représentation de soi. Ces fonctions du nom pourraient être considérablement renforcées par la réintroduction d'un double nom matrimonial. **Cela permettrait de mieux répondre au souhait des époux de mettre en évidence le lien qui les unit à leurs enfants au moyen du nom. Il est ainsi possible à autrui de percevoir d'emblée ce lien parents-enfant.** Dans cette optique et dans le contexte d'une société qui se préoccupe de plus en plus de l'individualité et de la fonction d'identification des (doubles) noms, la (ré)introduction d'un double nom officiel lors du mariage constitue un moyen approprié pour répondre aux besoins de nombreux époux. Les couples ont ainsi un choix supplémentaire en matière de nom, qui leur permet de représenter de façon égalitaire l'unité familiale, tout en préservant leur propre identité. »

⁵ BADDELEY, p. 627.

M. Marcello Cangialosi
Rue de Moillebeau 42 B
1209 Genève
marcellocangialosi@hotmail.com
0764378037

face au constat que ce n'est peut-être qu'au moment où l'enfant s'annonce réellement, éventuellement des années après le mariage, que les parents sont sensibles aux enjeux de leur choix. »⁶

Je demande donc que le rapport explicatif soit complété avec ses éléments et présente la question de « l'identification psychologique personnelle et la représentation de soi » de manière plus nuancée et que l'avant-projet soit adapté, tel que proposé sous le point 1 *supra*.

Point 3. Droit comparé, en particulier avec le droit européen

Enfin, le rapport mentionne « Le droit du nom des enfants varie considérablement d'un pays à l'autre », ce qui est vrai dans les faits.⁷ Il est en revanche regrettable de constater que le rapport n'informe pas clairement le lecteur de la tendance progressiste et égalitariste des autres pays occidentaux quant à la possibilité d'attribuer un double nom aux enfants.

Une description plus détaillée de ces développements positifs et réels au niveau européen aurait permis aux citoyens concernés par le présent avant-projet de réaliser de manière plus informée à quel point notre pays est en retard en la matière...et la pertinence qu'il y aurait à ce que la CAJ traite également de cette question dans le cadre de cet avant-projet.

En vous remerciant pour l'opportunité d'avoir ainsi pu contribuer au débat et de la bienveillance avec laquelle vous accueillerez mes commentaires, je vous prie de croire, Monsieur le Président de la Commission des affaires juridiques, Madame, Monsieur, à l'assurance de ma considération distinguée.

Avec mes meilleures salutations,



Marcello Cangialosi

⁶ LAMESTA, Jennifer, BADDELEY, Margareta. Au nom du père et de la mère : étude comparative sur le droit du nom dans la perspective du droit du nom en 2013. In: Baddeley, Margareta, Foëx, Bénédicte, Leuba, Audrey et Papaux van Delden, Marie-Laure. Le droit civil dans le contexte international : Journée de droit civil 2011. Genève : Schulthess, 2012. p. 77-107, p.102.

⁷ Rapport explicatif, page 10.

Stellungnahme Herr Riccardo Gabriele

Pareri su iniziativa parlamentare 17.523

Buongiorno,

a mio parere e quello della mia compagna l'iniziativa 17.523 è molto interessante e può apportare ottimi benefici a tutte le coppie che desiderano il doppio cognome per loro e/o per i loro figli.

In questo modo i figli potranno ottenere il cognome sia paterno che materno allo stesso tempo, così da rendere felici entrambe le parti (e le loro famiglie che, specie se tradizionaliste, tengono molto ad avere figli o nipoti con il loro cognome).

Non vedo controindicazioni evidenti o influenti.

Grazie mille per il vostro lavoro,
Riccardo



Per Mail an
Kommission für Rechtsfragen NR

eazw@bj.admin.ch

Luzern, 28. September 2022

Vernehmlassungsstellungnahme

17.523 Parlamentarische Initiative «Ermöglichung von Doppelnamen bei der Heirat»

Guten Tag!

Vielen Dank für die Gelegenheit, uns zum Entwurf zur Umsetzung der oben erwähnten Parlamentarischen Initiative zu äussern.

1. Grundsatz

Als SKF stimmen wir der vorliegenden Revision des Namensrechts zu, weil wir in der vorgeschlagenen «grossen Lösung» valable Chancen erkennen, den Grundsatz der Unveränderbarkeit des Namens gemäss Art. 160 Abs. 1 ZGB zu stärken («Gleicher Name von der Wiege bis zur Bahre»). Gleichzeitig kann dem Wunsch, die Zusammengehörigkeit eines Paares bzw. einer Familie mit dem Namen zum Ausdruck zu bringen, besser entsprochen werden.

Da die «kleine Lösung» nicht beiden Verlobten dieselben Möglichkeiten eröffnet, einen Doppelnamen zu führen, lehnen wir diese ab.

2. Warum die Änderung sinnvoll ist

Wir sind überzeugt, dass mit der Wahlmöglichkeit von Doppelnamen mehr Verlobte ihren ledigen Namen als Teil ihres amtlichen Namens beibehalten werden, auch wenn sie sich für einen einheitlichen Familiennamen entscheiden. Fakt ist, dass seit der Einführung der geltenden Regelung 2013 sich viele Paare für einen einheitlichen Familiennamen entschieden haben. Dazu muss aber ein:e Partner:in bzw. Verlobte:r ihren/seinen ledigen Namen aufgeben, was zu zwei Drittel die Frauen machen. Das heisst, sie/er kann diesen ledigen Namen nur noch als nicht-amtlichen Allianznamen dem Familiennamen hintenanstellen. Wie oft diese informelle Lösung genutzt wird, wissen wir nicht. Das heisst, dass es diesen Personen amtlich verwehrt ist, ihren ledigen Namen zu nutzen.

./2



3. Gegentrend zur Individualisierung

Der Megatrend der Individualisierung ist fakt und wird Frauen grundsätzlich in ihrem subjektiven Menschsein bestärken. Dass auch Gesetze in diesem Sinne angepasst werden ist für uns als Frauendachverband mit feministischer Ausrichtung eine explizite Forderung und fördert die Gleichstellung. Die Individualisierung hat aber auch negative Folgen betreffend Verbindlichkeit von Beziehungen oder fehlender Zugehörigkeit zu einer Gruppe (Auflösung der Milieus, Auflösung von formell strukturierten Vereinen). Die Pandemie hat zudem die Gefahr der Vereinzelung und damit der Vereinsamung von Menschen verstärkt.

Wir Menschen sind soziale Wesen und aufeinander angewiesen, was nicht mit einer ungleichen Abhängigkeit gleichzusetzen ist. Wir brauchen daher beides: gemeinschaftliche Verbundenheit bzw. Verbindlichkeit sowie selbstbestimmte individuelle Entfaltung und Gestaltung des eigenen Lebens.

4. Familienname wird in der Vorlage nicht infrage gestellt

Eine Ehe einzugehen ist nicht nur ein rechtlicher, sondern auch ein emotionaler Akt. Als Paar gemeinsam den Lebensweg zu gehen ist eine Sehnsucht von vielen, nicht nur jungen Menschen. Dabei ist der Wunsch nach einer Familiengründung bzw. von gemeinsamen Kindern häufig. Das ist aus unserer Sicht einer der Hauptgründe für viele Paare, sich für einen gemeinsamen Familiennamen zu entscheiden. Das Paar will die Zusammengehörigkeit untereinander und mit allfälligen Kindern zeigen. Dieser Familienname widerspricht eigentlich dem Grundsatz des Gesetzes, dass beide Ehepartner:innen ihren Ledignamen behalten und wird daher nur mittels Erklärung ermöglicht. Solange diese Regelung besteht, soll daher von beiden Ehepartnern der amtliche Doppelname geführt werden können.

5. Vereinfachung der Komplexität bei «Grosser Lösung»

Die Komplexität von Beziehungskonstellationen und deren Benennung ist hoch, was sich in den Beispielen und Varianten zur «Grossen Lösung» eindrücklich zeigt. Diese Vielfalt würde durch die vorgeschlagene Umsetzung der «grossen Lösung» noch vergrössert, weil sie den Paaren grössere Freiheit in der (amtlichen) Namenswahl ermöglicht. Wir sind der Meinung, dass die «grosse Lösung» vereinfacht werden kann, indem Doppelnamen grundsätzlich mit oder ohne Bindestrich geschrieben werden und auf die Auswahl verzichtet wird (s. 4.4 verworfene Lösungsansätze und 4.7 Zukunft des Allianznamen). Die Allianznamen verlieren mit der «grossen Lösung» ihre Bedeutung, da die Paare die Möglichkeit erhalten, den (amtlichen) Doppelnamen zu wählen, der automatisch auch in den persönlichen Ausweisen aufgeführt wird.

Wir danken für die Berücksichtigung unserer Argumente und sind gerne bereit, diese auch in einem Hearing zu vertreten.

Freundliche Grüsse
Schweizerischer Katholischer Frauenbund SKF


Simone Curau-Aeppli
Präsidentin


Karin Ottiger
Co-Geschäftsleiterin



EQUALITY.CH

Schweizerische Konferenz der Gleichstellungsbeauftragten SKG
Conférence suisse des délégué-e-s à l'égalité CSDE
Conferenza svizzera delle-i delegat-e-i alla parità CSP

Nationalrat
Kommission für Rechtsfragen
CH-3003 Bern

Via E-Mail an:
eazw@bj.admin.ch

Bern, 7. Oktober 2022

Vernehmlassungsverfahren 17.523 n Pa. Iv. (Stamm) Walliser. Ermöglichung von Doppelnamen bei der Heirat

Sehr geehrter Herr Vizepräsident
Sehr geehrte Mitglieder der Kommission
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Begleitschreiben vom 17. Juni haben Sie die Schweizerische Konferenz der Gleichstellungsbeauftragten (SKG) dazu eingeladen, zum Vorentwurf der Revision des Zivilgesetzbuchs zur Ermöglichung von Doppelnamen bei der Heirat Stellung zu nehmen. Die SKG dankt Ihnen für die Gelegenheit, sich zu der Vorlage zu äussern.

I. Ausgangslage

Ziel der Revision des Namensrechts von 2011 war insbesondere die rechtliche Gleichbehandlung von Frau und Mann beim ehelichen Namen. Die SKG beantragte damals, keine Ausnahme vom Grundsatz der Unveränderlichkeit des Geburtsnamens vorzusehen und auf die Möglichkeit der Wahl eines Familiennamens zu verzichten. Sie begründete dies mit der Befürchtung, dass die Mehrzahl der Paare wohl einen gemeinsamen Familiennamen wählen werden und es sich bei diesem mehrheitlich um den Namen des Ehemannes handeln werde. Dies, weil in den letzten 100 Jahren von Gesetzes wegen der Name des Mannes der Familienname gewesen sei.¹

Wie der erläuternde Bericht zur Vorlage ausführt, wird seit der Revision des Namensrechts in der Praxis bei der Eheschliessung das von vor der Revision geltende Namensrecht faktisch weitergelebt. So haben im Jahr 2020 über zwei Drittel der Frauen

¹ [SKG, Vernehmlassung zur Parlamentarischen Initiative 03.428](#), S. 2.

den Namen des Mannes angenommen, während nur drei von hundert Männern den Namen der Frau gewählt haben.²

II. Befürwortung der «grossen Lösung»

Die Praxis zeigt, dass bei vielen Eheleuten nach wie vor das Bedürfnis besteht, ihre Verbundenheit über einen gemeinsamen Namen zu unterstreichen. Aus Gleichstellungsperspektive ist daher ein Namensrecht angezeigt, welches es erlaubt, die eheliche Zusammengehörigkeit über einen Doppelnamen auszudrücken, ohne dass zwingend ein Familienname bestimmt und damit einem Namen den Vorrang gegeben werden muss.

Die in der Vorlage als erste Variante enthaltene «kleinen Lösung» würde zwar das Führen eines Doppelnamens ermöglichen. Sie setzt indes weiterhin voraus, dass sich die Eheleute für einen Namen als Familiennamen entscheiden müssen. Nur diejenige Person, deren Name nicht als Familienname gewählt wurde, kann ihren Ledignamen dem Familiennamen **voranstellen**. Bei dieser Variante muss also zwingend immer ein Familienname gewählt und damit einem der Namen den Vorrang eingeräumt werden. Damit würde auch diese neue Regelung auf eine rein formelle Gleichstellung hinauslaufen.

Die «grosse Lösung» umfasst einerseits eine abgewandelte Form der «kleinen Lösung»: Beide Eheleute können den Namen, der nicht als Familienname gewählt wurde, dem Familiennamen **anfügen**. In einem solchen Fall hätten beide Eheleute den gleichen Doppelnamen.

Es erscheint uns wichtig, darauf hinzuweisen, dass es diesbezüglich einen Widerspruch im Übergangsrecht zu geben scheint.³ In der Darstellung der grossen Lösung heisst es: «Umgekehrt ist es auch nicht möglich, nachträglich wieder den bisherigen Namen anzunehmen, um mit diesem einen Doppelnamen zu bilden, wenn die Ehegatten seit der Eingehung der Ehe einen Familiennamen tragen.» Wenn wir das richtig verstehen, bedeutet dies, dass Paare, die sich vor dem Inkrafttreten der Reform für einen Familiennamen entschieden haben, daran gehindert werden, dem gemeinsamen Namen den Ledignamen folgen zu lassen, der nicht als Familienname gewählt wurde, wie es jedoch neu verheiratete Paare nach dem neuen Art. 160 Abs. 4 Ziff. 2 tun könnten.

Die «grosse Lösung» sieht andererseits eine weitere Option vor. Bei dieser müsste **nicht zwingend ein Familienname gewählt** werden, sondern *beide* Eheleute hätten die Möglichkeit, ihre Ledignamen zu behalten, jedoch den Namen der anderen Person

² [Erläuternder Bericht](#), S. 8 f.

³ vgl. [Erläuternder Bericht](#), Punkt 4.8.

anzufügen. Bei Inanspruchnahme der zweiten Option hätten die beiden Eheleute unterschiedliche Doppelnamen.⁴

Folgendes ist somit bei der «grossen Lösung» auf Anhieb klar: Führen beide Ehegatten **unterschiedliche** Doppelnamen, so haben sie ihren Namen behalten. Tragen die Ehegatten jedoch **denselben** Doppelnamen, entspricht der **erste Name dem gemeinsamen Familiennamen**.

Die SKG unterstützt das Revisionsvorhaben und befürwortet die vorgeschlagene «grosse Lösung». Die «kleine Lösung» wird von der SKG abgelehnt, da sie weiterhin zwingend die Wahl eines Familiennamens vorsieht.

III. Kindernamen

Nicht Teil des Revisionsvorhabens ist der Name der Kinder. Wurde bei der Heirat ein gemeinsamer Familienname bestimmt, erhalten auch die Kinder diesen Namen. Haben beide Elternteile ihren Namen behalten, entscheiden sie, ob die Kinder den Ledignamen der Mutter oder des Vaters erhalten (Art. 160 Abs. 3 ZGB). Damit würden Eltern auch im Falle der Einführung des Doppelnamens im Sinne der «grossen Lösung» weiterhin mit der Situation konfrontiert, für das Festlegen des Namens ihrer Kinder, einem ihrer Ledignamen den Vorrang geben zu müssen.

Aus Gleichstellungsperspektive wäre es zu begrüssen, wenn auch in Bezug auf den Namen der Kinder eine Option bestünde, bei der sich die Eltern nicht für einen ihrer Namen entscheiden müssten. Praktikabelste Lösung wäre das Einführen eines Doppelnamens für Kinder.

Die SKG beantragt daher, die Option eines Doppelnamens für Kinder in das Revisionsvorhaben aufzunehmen.

⁴ Wir weisen an dieser Stelle darauf hin, dass der Entwurf in der französischsprachigen Fassung eine Formulierung enthält, die wir für widersprüchlich halten. Art. 160 Abs. 4 Ziff. 1 sieht vor: «si chaque fiancé conserve son nom, celui-ci peut suivre le nom porté jusqu'alors par l'autre fiancé». Unserer Ansicht nach sollte es heissen: «si chaque fiancé conserve son nom, celui-ci peut ~~suivre le~~ être suivi du nom porté jusqu'alors par l'autre fiancé» oder «si chaque fiancé conserve son nom, celui-ci peut ~~suivre le~~ précéder le nom porté jusqu'alors par l'autre fiancé».

Wir danken Ihnen im Voraus für die Berücksichtigung der Anmerkungen der SKG und grüssen Sie freundlich.

Für die Schweizerische Konferenz der Gleichstellungsbeauftragten (SKG)

Präsidentin

A handwritten signature in black ink, appearing to be 'M. Rodriguez', written in a cursive style.

Maribel Rodriguez



EQUALITY.CH

Schweizerische Konferenz der Gleichstellungsbeauftragten SKG
Conférence suisse des délégué-e-s à l'égalité CSDE
Conferenza svizzera delle-i delegat-e-i alla parità CSP

Conseil national
Commission des affaires juridiques
CH-3003 Berne

Par courriel à :
eazw@bj.admin.ch

Berne, le 7 octobre 2022

Procédure de consultation 17.523 n Iv. pa. (Stamm) Walliser. Autoriser le double nom en cas de mariage

Monsieur le Vice-président,
Mesdames et Messieurs les membres de la commission,
Mesdames, Messieurs,

Par courrier du 17 juin, vous avez invité la Conférence suisse des délégué-e-s à l'égalité (CSDE) à prendre position sur l'avant-projet de la révision du Code civil pour autoriser le double nom en cas de mariage. La CSDE vous remercie de l'occasion offerte de s'exprimer sur le projet.

I. Contexte

Le but de la révision du droit du nom de 2011 était notamment l'égalité de traitement entre les femmes et les hommes en matière de nom de famille lors du mariage. La CSDE avait proposé à l'époque de ne prévoir aucune exception au principe de l'immutabilité du nom de naissance et de renoncer à la possibilité de choix d'un nom de famille. Elle l'avait motivé par la crainte que la plupart des couples choisissent un nom de famille commun qui reste majoritairement le nom du mari. En effet, au cours des 100 dernières années, le nom de famille était d'office le nom de l'homme.¹

Ainsi que l'expose le rapport explicatif du projet, depuis la révision du droit du nom, c'est en réalité le droit du nom en vigueur auparavant qui se maintient dans la pratique lors des célébrations de mariage. En 2020, plus de deux tiers des femmes ont adopté le nom de leur mari, alors que seuls trois hommes sur cent ont choisi le nom de leur femme.²

¹ [CSDE, Prise de position](#), p. 2.

² [Rapport explicatif](#), p. 8 s.

II. Approbation de la « grande solution »

La pratique montre que le besoin de souligner leurs liens par un nom commun subsiste toujours pour de nombreux couples mariés. Du point de vue de l'égalité, il serait donc indiqué que le droit du nom permette d'exprimer l'union conjugale par le biais d'un double nom, sans devoir obligatoirement former un nom de famille à cette fin et, ce faisant, accorder la priorité à l'un des noms.

La « petite solution » présente dans le projet au titre de première variante permettrait effectivement le port du double nom. Elle maintient cependant la condition que les couples mariés doivent décider quel nom prendre comme nom de famille. Seule la personne dont le nom n'aura pas été choisi comme nom de famille pourra **conserver** son nom de célibataire, suivi du nom de famille. Dans cette variante, il faut donc impérativement toujours choisir un nom de famille et donc accorder la priorité à l'un des noms. Dès lors, cette nouvelle réglementation équivaldrait à une égalité purement formelle.

La « grande solution » comprend d'une part une forme modifiée de la « petite solution » : les deux personnes mariées peuvent **ajouter** au nom de famille le nom qui n'a pas été choisi comme nom de famille. Dans un tel cas, les deux personnes mariées auraient le même double nom. Il nous paraît important de souligner qu'il semble y avoir une contradiction à ce sujet dans le droit transitoire.³ Dans la présentation de la grande solution, il est indiqué « À l'inverse, si les époux portent un nom de famille depuis la conclusion de leur mariage, ils ne peuvent plus reprendre leur nom antérieur pour former un double nom ». Si notre compréhension est bonne, cela revient à empêcher les couples ayant opté pour un nom de famille avant l'entrée en vigueur de la future réforme de faire suivre le nom commun du nom de célibataire qui n'a pas été choisi comme nom de famille, comme pourraient pourtant le faire les couples nouvellement mariés en application du nouvel art. 160 al. 4 ch. 2.

D'autre part, la « grande solution » prévoit une option supplémentaire. **Un nom de famille ne devrait pas obligatoirement être choisi**, mais les deux personnes mariées auraient la possibilité de conserver leur nom de célibataire, tout en y **ajoutant** le nom de l'autre personne. En cas de recours à la deuxième option, les doubles noms de deux personnes mariées seraient différents.⁴

Avec la « grande solution », la situation sera claire d'emblée : si les deux personnes mariées portent un double nom **différent**, c'est qu'elles ont conservé leur nom. Si les personnes mariées portent le **même** double nom, le **premier nom correspond au nom de**

³ Cf. [Rapport explicatif](#), point 4.8.

⁴ Nous relevons ici que la version française du projet comporte une tournure que nous trouvons contradictoire : le projet d'art. 160 al. 4 ch. 1 prévoit que « si chaque fiancé conserve son nom, celui-ci peut suivre le nom porté jusqu'alors par l'autre fiancé ». Or il conviendrait à notre sens d'indiquer que « si chaque fiancé conserve son nom, celui-ci peut ~~suivre le~~ être suivi du nom porté jusqu'alors par l'autre fiancé » ou bien « si chaque fiancé conserve son nom, celui-ci peut ~~suivre le~~ précéder le nom porté jusqu'alors par l'autre fiancé ».

famille commun.

La CSDE soutient le projet de révision et approuve la « grande solution » proposée. La « petite solution » est rejetée, car elle prévoit le choix obligatoire d'un nom de famille.

III. Nom des enfants

Le nom des enfants ne fait pas partie du projet de révision. Si un nom de famille commun a été déterminé au moment du mariage, les enfants portent aussi ce nom. Si les deux parents ont conservé leur nom, ils décident si les enfants portent le nom de la mère ou du père (art. 160 al. 3 CC). Ainsi, les parents resteraient confrontés à la décision d'accorder la priorité à l'un de leurs noms de célibataire pour la détermination du nom de l'enfant, même en cas d'introduction du double nom au sens de la « grande solution ».

Du point de vue de l'égalité, une option qui ne contraindrait pas les parents à opter pour l'un de leurs noms également en relation avec le nom des enfants serait la bienvenue. La solution la plus praticable serait l'introduction d'un double nom pour les enfants.

C'est pourquoi la CSDE propose d'inclure l'option d'un double nom pour les enfants dans le projet de révision.

En vous remerciant d'avance de la prise en considération des remarques de la CSDE, nous vous adressons, Mesdames, Messieurs, nos meilleures salutations.

Au nom de la Conférence suisse des délégué·e·s à l'égalité (CSDE)

Présidente



Maribel Rodriguez

Kommission für Rechtsfragen
3003 Bern
rk.caj@parl.admin.ch / eazw@bj.admin.ch

Bern, 7. Oktober 2022

Vernehmlassung: Schweizerisches Zivilgesetzbuch (Doppelname bei der Eheschliessung)

Sehr geehrte Frau Präsidentin
Sehr geehrte Damen und Herren

Der SVBK vertritt die rund 1'650 Bürgergemeinden und Korporationen in der Schweiz. Da das Namensrecht eng mit dem Heimatort verknüpft ist, sind die Bürgergemeinden von der Vorlage direkt betroffen.

Mit der Vorlage soll die parlamentarische Initiative 17.523 «Ermöglichung von Doppelnamen bei der Heirat» umgesetzt werden. Grundsätzlich unterstützt der SVBK die Möglichkeit der freien Wahl der Namensführung mit einem amtlichen Doppelnamen. Dies sowohl mit der kleinen als auch der grossen Lösung.

Wir begrüssen ausdrücklich, dass auf die Führung eines Doppelnamens für Kinder verzichtet wird und somit keine Auswirkungen auf die Kinder hat. Wir weisen darauf hin, dass gemäss Art. 27 ZGB der Heimatort der Kinder dem Familiennamen folgt und bei einer Änderung des Familiennamens (respektive bei einer Einführung von Doppelnamen für Kinder) Auswirkungen auf die Heimatorte von minderjährigen Kindern hätte. Minderjährigen Kinder könnten damit das Gemeindebürgerrecht verlieren. Zudem fordern wir, dass die Zivilstandesämter darauf hinweisen, dass die Wahl des Familiennamens Auswirkungen auf den Heimatort haben.

Bei Fragen stehen wir Ihnen unter der Emailadresse info@svbk.ch gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse

Verband der Schweiz. Bürgergemeinden und Korporationen

A blue ink signature of Georges Schmid, consisting of a large, stylized 'G' followed by 'S' and 'M'.

Georges Schmid
Präsident

A blue ink signature of Elias Maier, written in a cursive style.

Elias Maier
Geschäftsführer

*Ne lâchons rien - ça vaut la peine!
Dranbleiben - es lohnt sich!*



Association suisse pour les droits des femmes **adf**
Schweizerischer Verband für Frauenrechte **svf**

Nationalrat
Kommission für Rechtsfragen
z.H. Vincent Maître Vizepräsident
Mail an: eazw@bj.admin.ch

Basel, 1. Oktober 2022

**Stellungnahme zu Vernehmlassung Pa. Iv. 17.523
Ermöglichung von Doppelnamen bei Heirat**

Sehr geehrte Damen und Herren

Der Schweizerische Verband für Frauenrechte SVF-ADF Suisse begrüsst den Vorschlag betr. der erneuten Ermöglichung von Doppelnamen bei der Heirat sehr. Dies entspricht ganz unseren früheren Forderungen.

Seit jeher hat sich SVF-ADF für die Gleichberechtigung der Geschlechter auch beim Namensrecht eingesetzt. Schon bei der Einführung des neuen Eherechts 1988 war es für SVF-ADF wichtig, dass in allen amtlichen Dokumenten der Allianznamen mit dem Ledignamen aufgeführt wurde, und die verheirateten Frauen damit ihre lebenslange Identität bewahren konnten und nicht einfach „verschwanden“. Das wurde später auch bei Scheidungen weitgehend berücksichtigt.

Folglich hat SVF-ADF die bis 2013 geltende Regelung der Voranstellung des Ledignamens voll unterstützt. Die seitherige Praxis zeigt jedoch leider, dass heute in über 90% der Eheschliessungen der Name des Mannes gewählt wird und somit einzig der Name des Mannes in amtlichen Dokumenten erwähnt wird.

SVF-ADF ist deshalb über die erneute Ermöglichung von Doppelnamen bei der Heirat sehr erfreut, und unterstützt den Vorschlag der parlamentarischen Initiative zur «kleinen Lösung» sehr.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Anliegen.

Mit freundlichen Grüssen

Schweizerischer Verband für Frauenrechte SVF-ADF Suisse

Annemarie Heiniger
Co-Präsidentin

Ursula Nakamura-Stoeklin
Co-Präsidentin

www.feminism.ch

SVF-ADF Schweizerischer Verband für Frauenrechte
Postfach 2206 4001 Basel

Tel. 079 133 80 90 / 062 877 16 64 Mail: adf_svf_secret@bluewin.ch

PC-Konto 80-6885-1 / CH54 0900 0000 8000 6885 1

www.feminism.ch

Per E-Mail

eazw@bj.admin.ch

Nationalrat
Kommission für Rechtsfragen
3003 Bern

Neuenburg, 4. Oktober 2022

Ermöglichung von Doppelnamen bei der Heirat

Sehr geehrte Frau Präsidentin
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Einladung zur Vernehmlassung in rubrizierter Angelegenheit. Das zur Diskussion stehende Vorhaben beinhaltet keine Aspekte, welche im Lichte der statutarischen Aufgaben der Schweizerischen Vereinigung der Richterinnen und Richter (SVR-ASM) nach einer besonderen Stellungnahme unsererseits verlangen würden. Entsprechend verzichten wir auf eine Vernehmlassung.

Mit freundlichen Grüssen

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'i.A. U. Morf'.

Marie-Pierre de Montmollin
Präsidentin SVR-ASM



Kommission für Rechtsfragen
des Nationalrates
Sekretariat
3003 Bern

Per Mail an:
eazw@bj.admin.ch

Zürich, 8. Oktober 2022

**Vernehmlassung zur Vorlage 17.523 n Pa. Iv. (Stamm) Walliser.
Ermöglichung von Doppelnamen bei der Heirat**
Stellungnahme des Schweizerischen Verbandes für Zivilstandswesen (SVZ)

Sehr geehrter Herr Kommissionspräsident
Sehr geehrte Kommissionsmitglieder
Sehr geehrte Damen und Herren

Der Vorstand des Schweizerischen Verbandes für Zivilstandswesen bedankt sich für die Möglichkeit, zum im Titel genannten Geschäft Stellung nehmen zu dürfen.

Mit Einführung des neuen Eherechts am 01.01.1988 wurde die Möglichkeit geschaffen, dass die Ehegatten (mit vorgängiger Bewilligung) den Familiennamen der Frau als Ehenamen führen können. Ebenso wurde ermöglicht, dass die Ehefrau ihren Namen dem Ehenamen voranstellen konnte (später tat sich diese Möglichkeit auch für den Ehemann auf). Der Doppelname wurde immer ohne Bindestrich geschrieben; dies im Gegensatz zum (nicht amtlichen, aber im Pass eingetragenen) Allianznamen.

Seit dem 01.01.2013 bewirkt die Eheschliessung grundsätzlich keine Änderung des Familiennamens mehr. Es kann jedoch der Ledigname eines der Verlobten zum Ehenamen erklärt werden. Und es können (nach schweizerischem Recht) keine Doppelnamen mehr gewählt werden. Die Allianznamen werden weiterhin verwendet.

Weder der Stand 1988 noch der Stand 2013 konnte befriedigen. Beide Versionen bildeten nicht das ab, was von der Gesellschaft gewünscht ist. Mit dem nun vorliegenden Entwurf bleibt es bei einer unbefriedigenden Situation.

Dass Eheleute in Zukunft einen amtlichen Doppelnamen führen können, ist zu begrüßen. Jedoch gehen beide vorgeschlagenen Varianten zu wenig weit, es steht weiterhin der Ledigname im Fokus und die Interessen der Kinder werden nicht berücksichtigt. Wir verstehen, dass es im Titel dieser parlamentarischen Initiative in erster Linie um die «Wiedereinführung von Doppelnamen bei der Heirat» geht. Würde eine der beiden vorgeschlagenen Lösungen umgesetzt, entstünde wieder ein Flickwerk und die nächste Revision müsste bald angegangen werden. Dies ist zu verhindern.

Der Schweizerische Verband für Zivilstandswesen **lehnt beide Lösungen ab** und ersucht die Rechtskommission um Ausarbeitung einer neuen Vorlage. Was aus unserer Sicht in einer neuen Vorlage enthalten sein muss, ergibt sich aus nachstehenden Begründungen, in denen wir auf beide Lösungen eingehen.

Die Kleine Lösung lehnen wir klar ab.

Sollte es, was wir nicht hoffen, zur kleinen Lösung kommen, ist es zu ermöglichen, dass neben dem Ledignamen einer oder eines der Verlobten auch der aktuell geführte Familienname zum gemeinsamen Familiennamen gewählt werden kann. Des Weiteren beantragen wir, dass nicht nur die Voranstellung sondern auch die Hintanstellung möglich wird. Und wichtig ist, dass mit dieser Revision auf jeden Fall die unterschiedliche Namensführung im Personenstandsregister und im Pass aufgehoben wird; konkret: Doppelnamen sind zwingend mit Bindestrich zu verbinden. Der heutige Allianzname würde also überall geführter amtlicher Name: im Personenstandsregister und im Pass. Schliesslich sollte eine verlobte Person, die bereits einen eherechtlichen Doppelnamen trägt, frei wählen können, ob sie den ersten oder den zweiten Namen voran- oder hintanstellen will.

Die Möglichkeit der Führung eines Doppelnamens ist in der Kleinen Lösung nur für den Fall vorgesehen, dass die Ehegatten einen gemeinsamen Familiennamen führen. Die Möglichkeit eines Doppelnamens sollte aber auch dann bestehen, wenn die Ehegatten keinen gemeinsamen Familiennamen führen, also beide Verlobten je den bisherigen Namen behalten. Es ist davon auszugehen, dass in diesen Fällen teilweise wieder Allianznamen gebildet werden, die dann vom Gesetz nicht abgedeckt wären und somit bestünde hier wieder die Differenz zwischen Personenstandsregister und Pass. Somit könnten auch hier die Allianznamen verschwinden und zum amtlichen Namen werden.

Auch die Grosse Lösung lehnen wir ab. Sollte jedoch eine der beiden Lösungen eingeführt werden, sprechen wir uns für die Grosse Lösung aus.

Zusätzlich zum Vorentwurf wäre auch der bisherige Name eines oder einer der Verlobten als gemeinsamer Familiennamen zuzulassen. Dies hätte direkte Auswirkungen auf Art. 160 Abs. 3 ZGB: Für die gemeinsamen Kinder ist neben dem Ledignamen auch der aktuelle Name einer oder eines der Verlobten zuzulassen. Zusätzlich soll von der Verpflichtung zur Bestimmung des Familiennamens der Kinder bei der Ehevorbereitung abgesehen und durch eine Möglichkeit ersetzt werden. Dadurch könnte die Befreiung von dieser Verpflichtung durch die Zivilstandsbeamtin oder den Zivilstandsbeamten entfallen. Es ist störend, dass mit Brautleuten die Diskussion über die Namen zukünftiger Kinder geführt werden muss, da nicht bekannt ist, ob das Paar überhaupt Kinder will oder bekommen kann.

Art. 160 Abs. 4 der Grossen Lösung sieht vor, dass die Verlobten die beiden Teile des Doppelnamens mit einem Bindestrich verbinden können. Der Bindestrich soll jedoch nicht freiwillig sein. Wie schon in den Bemerkungen zur Kleinen Lösung ausgeführt, sollen eherechtliche Doppelnamen immer mit Bindestrich geführt werden. Der Bindestrich soll bei eherechtlichen Doppelnamen Pflicht sein. Auf die Bezeichnung "anfügen" ist zu verzichten. Es soll den Menschen freigestellt sein, ob sie den Namen voranstellen oder hintanfügen wollen.

Art. 160 Abs. 5 legt fest, dass Verlobte, die bereits einen eherechtlichen Doppelnamen führen, nur einen dieser Namen für den neuen Doppelnamen verwenden dürfen. Dies unterstützen wir.

Zwischen-Fazit:

Vielleicht könnte – etwas überspitzt oder «salopp» - gesagt werden, dass die Brautleute aus ihren bei der Heirat geführten und den Ledignamen beider Verlobten je einen Familiennamen «zusammenstellen» können.

Dass sich diese Vorlage auf die Namen der Ehegatten beschränkt und die Kinder ausser Acht lässt, bedauern wir. Es ist auch die Namensführung der Kinder vertieft anzuschauen und auch den Kindern ist das Führen eines Doppelnames zu ermöglichen. Dadurch könnten viele Diskussionen von Eltern, ob das Kind nun den (Ledig-)Namen der Mutter oder des Vaters führen soll, unnötig werden. Wir wollen aber nicht verschweigen, dass sich neue Diskussionen – z.B. über die Reihenfolge – ergeben könnten.

Im Sinne einer weiteren Liberalisierung und weil sich auch namensrechtliche Bedürfnisse von Ehegatten ändern können, sollen Ehegatten, die mit der bei der Heirat gewählten Namensführung nicht mehr zufrieden sind, auch nachträglich (und unabhängig davon welches Namensrecht bei der Heirat Gültigkeit hatte) die Möglichkeit erhalten, auf dem Zivilstandsamt eine ehenamerechtliche Erklärung abzugeben (unter Verrechnung der Gebühr für eine Namensklärung).

In diesen Fällen ist auf eine Namensänderung durch die Namensänderungsbehörde zu verzichten.

Kurzer Rückblick

In seiner Stellungnahme vom 9. Oktober 2007 zum Vorentwurf zur Änderung des ZGB in Sachen Namen und Bürgerrecht der Ehegatten und der Kinder hat unser Verband sehr ausführlich aufgezeigt, wie das Namensrecht ausgestaltet sein soll. Was die Namen der Ehegatten betrifft, hat unser damaliger Vorschlag weitgehend Gültigkeit.

Die Namensführung der Kinder ist aus heutiger Betrachtung jedoch offener zu gestalten und Doppelnamen sind zu ermöglichen. Sie finden unsere damalige Stellungnahme im Anhang und sie soll aufzeigen, wie lang unser Verband bereits einen amtlichen Doppelnamen fordert.

Antrag

Abschliessend bitten wir Sie um Berücksichtigung unserer Eingabe. Ermöglichen Sie den Bürgerinnen und Bürgern, den Einwohnerinnen und Einwohnern der Schweiz ein zeitgemässes, liberales Namensrecht, in welchem der Wille der Personen im Mittelpunkt steht und der Staat nicht unnötige Einschränkungen macht.

Selbstverständlich sind wir gerne bereit, bei der Ausarbeitung einer neuen Vorlage mitzuwirken und unsere Erfahrungen, die wir im Verkehr mit unserer Kundschaft machen, einzubringen.

Freundliche Grüsse

Schweizerischer Verband für Zivilstandswesen



Roland Peterhans
Präsident

Anhang: Stellungnahme SVZ vom 09.10.2007

Eidg. Amt für Zivilstandswesen
Bundesrain 20
3003 Bern

Liestal/Chur, 09. Oktober 2007

Vernehmlassung zum Vorentwurf zur Änderung des ZGB in Sachen Namen und Bürgerrecht der Ehegatten und der Kinder (03.428 n)

Sehr geehrte Damen und Herren

Der Vorstand des **Schweizerischen Verbandes für Zivilstandswesen** bedankt sich für die ihm gewährte Möglichkeit, zum *Vorentwurf zur Änderung des ZGB in Sachen Namen und Bürgerrecht der Ehegatten und der Kinder* Stellung nehmen zu können.

Zum Namen:

Unser Verband begrüsst, dass mit dem vorliegenden Vorentwurf endlich die Möglichkeit geschaffen wird, den aktuellen Namen auch nach der Trauung beibehalten zu können. Der Umweg über den Doppelnamen, der vielfach nur in Ermangelung einer andern Möglichkeit gewählt wurde, kann somit auch umgangen werden. Gleichzeitig begrüssen wir auch die Beseitigung der Ungleichbehandlung von Mann und Frau im Gesetz.

Die Mitglieder des Vorstandes möchten jetzt jedoch die Möglichkeit nutzen, in einem noch breiteren Konsens, als die Kommission dies vorgesehen hat, eine noch fortschrittlichere Vorlage einzubringen. Es soll eine Vorlage sein, welche dem gesellschaftlichen Wandel Rechnung trägt und endlich auch mit dem „Nebenprodukt Allianznamen“ aufräumt. Wie allgemein bekannt ist, führt der Allianzname immer wieder zu Verwirrungen. Einer Bürgerin oder einem Bürger klar zu machen, weshalb zivilrechtlich kein Allianzname existiert, jedoch bei der Einwohnerkontrolle schon (Pass, ID-Karte werden auf Wunsch mit

diesem versehen), ist schlicht und ergreifend ein erfolgloses Unterfangen.

Brautleuten, die ihre Verbundenheit auch im Namen dokumentieren wollen, sollten die Freiheit haben, unter verschiedenen Varianten auszuwählen. In Kombination mit dem vorliegenden Entwurf schlägt der SVZ aus den Überlegungen, dass die Angaben im Zivilstandswesen und in Ausweisdokumenten wie Pass und/oder Identitätskarte übereinstimmen sollten folgende Namensführungsmöglichkeiten vor:

Braut ist ledig

Mann: Müller (aktueller Name), ledig / geschieden / verwitwet	Frau: Huber (aktueller Name), ledig	Kind
Müller oder Müller-Huber oder Huber-Müller	Huber oder Huber-Müller oder Müller-Huber	Müller oder Huber *
Müller oder Müller-Huber oder Huber-Müller	Müller	Müller
Huber	Huber oder Huber-Müller oder Müller-Huber	Huber

* Falls keine Einigung zustande kommt, entscheidet die Mutter.

Braut war unter dem bisherigen Recht verheiratet, hat den Namen des Mannes „Meier“ übernommen und diesen nach der Eheauflösung behalten

Mann: Müller (aktueller Name), ledig / geschieden / verwitwet	Frau: Meier (aktueller Name, ledig Huber), geschieden / verwitwet	Kind
Müller oder Müller-Meier oder Meier-Müller	Meier oder Meier-Müller oder Müller-Meier	Müller oder Meier *
Müller oder Müller-Meier oder Meier-Müller	Müller	Müller
Meier	Meier oder Meier-Müller oder Müller-Meier	Meier

* Falls keine Einigung zustande kommt, entscheidet die Mutter.

(Namensführungsmöglichkeiten mit dem Namen „Huber“ nur nach einer Namensklärung der Braut vor der Eheschliessung.

Braut war unter dem bisherigen Recht bereits verheiratet, hat bei der Eheschliessung ihren ledigen Namen „Huber“ demjenigen des Mannes „Meier“ vorangestellt und diesen „künstlichen/unechten“ Doppelnamen „Huber Meier“ nach der Eheauflösung behalten

Mann: Müller (aktueller Name), ledig / geschieden / verwitwet	Frau: Huber Meier (aktueller „künstlicher/unechter“ Doppelname, ledig Huber), geschieden / verwitwet	Kind
Müller oder Müller-Huber oder Huber-Müller	Huber oder Huber-Müller oder Müller-Huber	Müller oder Huber *
Müller oder Müller-Huber oder Huber-Müller	Müller	Müller
Huber	Huber oder Huber-Müller oder Müller-Huber	Huber
Müller oder Müller-Meier oder Meier-Müller	Meier oder Meier-Müller oder Müller-Meier	Müller oder Meier *
Müller oder Müller-Meier oder Meier-Müller	Müller	Müller
Meier	Meier oder Meier-Müller oder Müller-Meier	Meier

* Falls keine Einigung zustande kommt, entscheidet die Mutter.

Braut war unter dem bisherigen Recht bereits zwei Mal verheiratet, hat bei der ersten Eheschliessung den Namen des Mannes „Meier“ angenommen und diesen nach der Eheauflösung behalten, hat bei der zweiten Eheschliessung den bisherigen Namen „Meier“ demjenigen des Mannes „Muster“ vorangestellt und diesen „künstlichen/unechten“ Doppelnamen „Meier Muster“ nach der Eheauflösung behalten

Mann: Müller (aktueller Name), ledig / geschieden / verwitwet	Frau: Meier Muster (aktueller „künstlicher/unechter“ Doppelname, ledig Huber), geschieden / verwitwet	Kind
Müller oder Müller-Meier oder Meier-Müller	Meier oder Meier-Müller oder Müller-Meier	Müller oder Meier *
Müller oder Müller-Meier oder Meier-Müller	Müller	Müller
Meier	Meier oder Meier-Müller oder Müller-Meier	Meier
Müller oder Müller-Muster oder Muster-Müller	Muster oder Muster-Müller oder Müller-Muster	Müller oder Muster *
Müller oder Müller-Muster oder Muster-Müller	Müller	Müller
Muster	Muster oder Muster-Müller oder Müller-Muster	Muster

* Falls keine Einigung zustande kommt, entscheidet die Mutter.

(Namensführungsmöglichkeiten mit dem Namen „Huber“ nur nach einer Namensklärung der Braut vor der Eheschliessung.)

Wie Sie oben ersehen können, erlauben wir uns hiermit auch, die Namensführung der Kinder unter eine neue Sichtweise zu stellen:

- Es wird keine namensrechtliche Unterscheidung mehr zwischen ehelichen und ausserehelichen Kindern gemacht. Voraussetzung ist einzig die vorliegende Kindeserkennung durch den biologischen Vater.
- „Natürliche/echte“ Doppelnamen wie z.B. Robert-Tissot oder Lalive d'Épinay oder Namensführungen bei ausländischen Staatsangehörigen (Spanien, Portugal usw.) bleiben zwingend erhalten. In einem solchen Fall können von Gesetzes wegen nur alle Namensteile dem Kinde übertragen werden.
- Kinder erhalten keine „künstlichen/unechten“ (angeheirateten) Doppelnamen.
- Bei Uneinigkeit über die Namensführung entscheidet die Mutter („mater semper certa est“).

Mit diesen oben aufgeführten Möglichkeiten wird dem Wunsch traditionsverbundener Personen entsprochen und gleichzeitig kann so die unterschiedliche Handhabung der Namensführung zwischen dem Zivilrecht und den nicht rechtlich untermauerten Gepflogenheiten bei den Einwohnerkontrollen eliminiert werden. Zusätzlich wird dadurch auch die Harmonisierung zwischen den verschiedenen Registern unterstützt (siehe dazu die entsprechenden Vernehmlassungen „Neue AHV-Versichertennummer“ und „Registerharmonisierung“).

Grundsätzliches zur Terminologie in Sachen Namen:

Im heutigen Recht ist von Name, Familienname, Vorname und Ledigname die Rede. Wir schlagen vor, künftig nur noch *Name(n)* und *Vorname(n)* zivilrechtlich gelten zu lassen, was zu einer Vereinfachung, auch nach aussen, führen würde. Bitte beachten Sie jedoch, dass unser Antrag nur die amtliche Namensführung betrifft, will heissen: Der *Ledigname* sowie *Andere Namen* im System Infostar müssen weiterhin bestehen bleiben.

Im Rahmen der Registerharmonisierung und der neuen AHV-Versichertennummer sollten sich dann auch die Einwohnerkontrollen und andere Registerführer zwingend an die amtlichen Namen halten; will heissen, **die Namensführung einer Person wird zwingend nur noch aus Infostar in die übrigen Register übertragen**. Dies betrifft auch die ausländischen Staatsangehörigen, die hier in der Schweiz geheiratet haben oder hier in der Schweiz geboren wurden. Der Pass einer ausländischen Person darf nicht mehr als Grundlage für die Eintragung in die Einwohnerregister dienen, wie es mit der heutigen Regelung üblicherweise, aber doch nicht konsequent – in Abweichung der Infostardaten – praktiziert wird.

Zum Bürgerrecht

Ehegatten:

Jeder Ehegatte behält grundsätzlich sein/seine Bürgerrechte.

Bemerkungen im Zusammenhang mit den Artikeln 30a, 119 und 8a
Schlusstitel ZGB:

Der Ehegatte, der seinen Familiennamen bei der Eheschliessung geändert hatte, soll nicht nur seinen Ledignamen wieder annehmen können, sondern auch auf das mit der Eheschliessung erworbene Bürgerrecht des andern Ehegatten verzichten können, und zwar nicht nur nach Auflösung der Ehe, sondern auch noch während der bestehenden Ehe.

Kinder:

Durch Erklärung der Eltern werden dem Kind entweder das oder die Bürgerrechte der Mutter oder des Vaters, einzelne oder alle der Eltern zusammen übertragen.

Alle folgenden Kinder erhalten von Gesetzes wegen die gleichen Bürgerrechte.

Bei Nichteinigung in Sachen Bürgerrecht wird am festgelegten Namen des Kindes angeknüpft.

Kommentar speziell zu einzelnen Artikeln

Art. 8a Schlusstitel

Alle Personen, denen die neue Namensführung durch das Gesetz bisher verwehrt war, sollen die Möglichkeit haben, die gewünschte Namensführung nun doch noch zu erreichen.

Zu bedenken ist dabei, dass den Zivilstandsämtern dadurch ein beträchtlicher Mehraufwand entsteht, ist doch damit zu rechnen, dass viele betroffene Personen von der neuen Möglichkeit Gebrauch machen werden. Eine Fristansetzung im Sinne einer Übergangsfrist ist hier zu überdenken

Art. 30 Abs. 2

Wird aufgehoben, was der Verband sehr begrüsst.

Art. 30a

Hier wird endlich ein Schritt in die richtige Richtung getan. Es war schon immer stossend, dass nach Auflösung der Ehe durch den Tod keine Namensklärung möglich war. Diese Regelung muss jedoch in logischer Konsequenz auch nach Auflösung der Ehe durch eine Verschollenerklärung gelten.

Art. 119

Der zukünftige Verzicht auf das Setzen einer Frist für die Abgabe der Namensklärung vereinfacht der Bürgerin/dem Bürger und der Namensänderungsbehörde das Verfahren sehr. Der Artikel findet volle Unterstützung durch den Verband.

Dass der Ledigname angenommen werden kann, ist auch folgerichtig. Der geschiedenen Person soll jedoch weiterhin auch gestattet sein, den Namen, den sie vor der letzten Heirat trug, wieder anzunehmen.

Bei einer Heirat im Ausland können die Brautleute vor der Heirat eine Namensklärung auf dem Zivilstandsamt abgeben. Ist dies nicht geschehen und wird die Eheschliessung bei der zuständigen Aufsichtsbehörde gemeldet, entscheidet ebendiese Behörde, ob die Namensführung zugelassen wird oder nicht. In den einzelnen Kantonen wird die Praxis dazu heute jedoch uneinheitlich gehandhabt; einzelne Kantone stellen sich auf den Standpunkt, dass die Namenswahl unbedingt vor der Heirat getroffen werden muss, andere wiederum geben den Eheleuten mit der Namenswahl Zeit bis zur Eintragung der Heirat in der Schweiz. Hier muss ebenfalls eine schweizerisch einheitliche Lösung gefunden werden.

Zum Schluss, aber nicht weniger wichtig, benutzen wir noch die Möglichkeit, zwei weitere Punkte einzubringen, die nicht direkt mit diesem Thema zu tun haben, jedoch von enormer Wichtigkeit sind für die praktische Arbeit an der Front, da wir damit tagtäglich konfrontiert werden:

1. Wir beantragen mit Nachdruck, dass die Möglichkeit geschaffen wird, eine **Kindesanerkennung auch für totgeborene Kinder** durchführen zu können !
Wir erleben jeden Tag, wie verzweifelt die Eltern eines totgeborenen Kindes reagieren, wenn der Vater sein Kind nicht anerkennen kann, nur weil das Gesetz dies nicht vorsieht. Überaus stossend ist auch, dass eine vorgeburtliche Kindesanerkennung bei der Beurkundung eines totgeborenen Kindes nicht berücksichtigt wird. Es darf nicht sein, dass in einem solchen Falle der Vater des Kindes nicht aufgeführt wird, obwohl die Anerkennung vorliegt.
2. Art. 100 Abs. 1 ZGB sagt aus: *die Trauung kann frühestens zehn Tage und spätestens drei Monate, nachdem der Abschluss des Vorbereitungsverfahrens mitgeteilt wurde, stattfinden.*
In diesem Punkt beantragen wir auch mit Nachdruck, dass die **Frist wieder auf sechs Monate** festgeschrieben wird.

Die Mitglieder des Vorstandes wollen mit diesem weitreichenden Vorschlag in Sachen Namen und Bürgerrecht festen Schrittes in die fernere Zukunft gehen und damit vermeiden, dass schon in ein paar wenigen Jahren die Gesetzgebung neuerlich dem gesellschaftlichen Wandel und der zunehmenden Mobilität angepasst werden muss.

Wir bitten Sie, sehr geehrte Damen und Herren, unsere Stellungnahme mutig und mit offenem Blick nach vorne zu würdigen und danken Ihnen bestens für die Berücksichtigung unserer Standpunkte.

Mit freundlichen Grüßen

Roland Peterhans
Vize-Präsident

Gian Carlo Pescio
Sekretär

Consultation ouverte au sujet du

Rapport explicatif du 17 juin 2022 et de l'avant-projet de loi de la Commission des affaires juridiques du Conseil national

pour mettre en œuvre l'initiative parlementaire Stamm 17.523¹

Prise de position de la Faculté de droit de l'Université de Genève

I. Remarques préliminaires

- Le but du droit actuel, qui a supprimé le nom de famille unique afin de « garantir l'égalité de droit entre les femmes et les hommes » en incitant les femmes à conserver leur nom pendant le mariage, n'a pas été atteint. Comme l'indique le Rapport (p. 8 et 9), sous le droit actuel, les femmes mariées prennent majoritairement (« plus de deux tiers » en 2020, pt 2.4, p. 9) le nom de leur époux et abandonnent leur propre nom. A l'inverse, les hommes ne changent, dans la règle, pas leur nom en raison de leur mariage. La nouvelle réforme est donc souhaitable pour atteindre une réelle égalité de droit des hommes et des femmes mariées. Le maintien de l'art. 160 CC actuel ne paraîtrait pas défendable au nom de l'égalité matérielle. Placer formellement l'homme et la femme sur un pied d'égalité quant au choix du nom de famille, tout en promulguant une société qui reste attachée à la transmission du nom du mari, maintient dans la pratique une inégalité patronymique, qui ne respecte pas les exigences de l'art. 16 § 1 let. g de la Convention sur l'élimination de toutes les formes de discrimination à l'égard des femmes, entrée en vigueur pour la Suisse le 26 avril 1997 (CEDEF ; RS 0.108).
- Le Rapport présente de manière succincte deux solutions pour réintroduire dans le Code civil (CC) la possibilité, pour les personnes mariées, d'adopter un double nom légal (ainsi que l'abrogation proposée de l'art. 12a de la Loi sur le partenariat enregistré (LPart) et une nouvelle disposition transitoire, l'art. 37b T.fin.P-CC). Ce faisant, il se réfère surtout à la doctrine suisse-allemande et en grande partie à la doctrine antérieure ou contemporaine à la dernière réforme, entrée en vigueur le 1^{er} janvier 2013. Cette approche paraît étroite. Après dix années d'application (insatisfaisante) de la loi de 2013, la réforme en cours serait l'occasion pour vérifier si d'autres aspects du droit actuel ne correspondent également pas ou plus à la perception du nom et aux attentes à ce sujet dans la société suisse actuelle.

En effet, sur la période des dix dernières années, l'évolution de la société en matière de nom paraît importante sur plusieurs plans. L'acceptance de modes de vie familial non traditionnels a grandi et l'on constate aussi une tendance à l'utilisation très libre

¹ Ci-après respectivement, Rapport, CAJ-CN et AP-CC. Cf. <https://www.parlament.ch/fr/organe/commissions/commissions-thematiques/commissions-caj/rapports-consultations-caj/consultation-caj-n-17-523> (19.9.2022).

des noms par les individus dans leurs relations privées et professionnelles, sans égard à la composition du nom selon l'état civil. De nombreuses femmes utilisent un seul de leurs doubles noms, le premier ou le second, portent un nom double légal ou non, mentionné ou non sur des documents officiels, écrit avec ou sans trait-d'union. Une évaluation plus large de la loi actuelle serait ainsi souhaitable.

- En particulier, deux caractéristiques du droit actuel, selon le Rapport (pt 4.2, al. 3, p. 12) ne sont pas revues, et mériteraient une réflexion à la lumière de la situation actuelle, à savoir le rôle du nom de célibataire et le nom d'alliance.

Le nom de célibataire est, depuis 2013, le seul nom qui peut être choisi comme nom commun et le seul à être transmissible. Ce principe peut poser un problème d'identification notamment aux personnes – en règle générale des femmes – dont le mariage est en réalité un remariage et qui, avant de se remarier, portent un nom acquis lors d'un mariage antérieur avec lequel elles ont un lien affectif bien plus fort qu'avec leur nom de célibataire. Les options des art. 119 et 30a CC, leur permettant de reprendre leurs noms de célibataire, ne sont d'aucune aide dans cette situation. Le Rapport souligne, dans son point 2.4 (p. 9), l'importance du nom pour « l'identification psychologique personnelle et la représentation de soi », ainsi que pour celle de « l'appartenance familiale » de son titulaire. La réglementation actuelle soulève des questions quant au respect des droits de la personnalité (art. 28 CC) et de la sphère privée et familiale au sens de l'art. 8 CEDH. La Cour européenne des droits de l'homme reconnaît que le nom, en tant qu'élément d'individualisation principale d'une personne au sein de la société, appartient au noyau dur des considérations relatives au droit au respect de la vie privée et familiale (ACEDH Losonci Rose et Rose c. Suisse du 9.11.2010, n° 664/06, § 51). La transmissibilité des noms mériterait une nouvelle réflexion. Ceci est d'autant plus vrai que la réforme proposée (petite comme grande solution) accepte que « le nom porté jusqu'alors » fasse partie du nom officiel et remet en cause le fondement même de l'importance prise par le nom de célibataire dans la réforme entrée en vigueur en 2013.

Des remarques quant à l'articulation du nom d'alliance avec les différentes solutions et variantes proposées dans le Rapport figurent ci-dessous (II.a et b), mais une réflexion plus générale mériterait d'être entreprise sur le maintien de ce nom extra-légal, car il n'est ni conféré ni défini dans la loi, tout en étant semi-officiel, par sa mention sur des documents officiels importants. Quelle est sa finalité notamment, mais pas seulement, en parallèle avec des doubles noms légaux, au choix avec un trait d'union ?

- Comme l'indique le Rapport (p. 4.10, p. 19), les textes légaux présentés seront encore à compléter notamment à l'égard des modifications de l'OEC (cf. art. 8c, 12, 14a, 18 et 21), voire d'autres normes. Si le nom d'alliance est maintenu, il paraîtrait souhaitable, vu la pratique non uniforme à son égard, d'en introduire une définition dans l'OEC, voire dans la LDI, étant rappelé que le droit du nom fait par essence partie du droit des personnes régi par le Code civil et l'OEC.

II. Commentaires des dispositions légales proposées

Les commentaires ci-après traitent, dans l'ordre des dispositions du projet, sous a. la 'petite' solution, et sous b. la 'grande' solution et ses variantes ; des remarques concernant les deux solutions et les éléments manquants dans le projet de loi seront faites sous c.

a. Petite solution

- Art. 160 al. 2 AP-CC : cette disposition prévoit que le double nom légal de l'époux qui aura changé de nom sera composé du nom d'avant le mariage *suivi* du nom commun, qui est nécessairement le nom de célibataire du conjoint.
 - o Cette solution correspond essentiellement à celle de l'art. 160 al. 2 CC1988², sauf que le nom commun pouvait alors aussi être le nom que l'époux concerné pouvait avoir adopté lors d'un mariage antérieur. Il paraît souhaitable d'assouplir cette règle, comme déjà discuté sous I., pour respecter les droits de la personnalité (art. 28 CC) et à la sphère privée et familiale (art. 8 CEDH) des personnes divorcées et veuves remariées.
 - o Cette règle crée une inégalité de traitement entre les couples mariés après et avant l'entrée en vigueur de la présente réforme. Les premiers devront opérer ce choix irrévocable (sauf à passer par une modification du nom au sens de l'art. 30 CC) avant leur mariage (Rapport p. 20, dernier paragraphe), alors que les seconds pourront bénéficier de l'option du double nom *en tout temps* (cf. art. 8a^{bis} AP-T.fin. CC ; Rapport p. 21, 5^e paragraphe). Il paraît souhaitable de permettre le choix *en tout temps* à tous les couples. Une différenciation selon la date du mariage ne semble pas justifiable.
- LDI : aucun changement du texte légal n'est prévu ; le nom d'alliance subsiste dans cette solution. Les doutes évoqués sous I. quant au maintien du nom d'alliance se fondent sur le constat que déjà en l'état de la législation actuelle, la confusion dans le public, mais aussi parmi les juristes, est grande au sujet des doubles noms, de leur acquisition et de leur composition. Ajouter un double nom légal aux options existantes ne fera qu'augmenter la confusion. Dans cette situation, la quasi-reconnaissance en droit du nom d'alliance paraîtra moins justifiable. Une réflexion globale sur les définitions des noms non officiels et sur leur inscription dans les documents officiels paraît nécessaire dans le cadre ou suivant la réforme du droit du nom prévue.
- Art. 8a^{bis} AP-T.fin. CC : la formulation « juste avant » paraît relever du langage parlé ; en conformité avec les textes allemand et italien, la version française pourrait lire « ...porté avant le mariage » ou « ...porté avant la conclusion du mariage ».
- Art. 37b al. 1 *in fine* AP-LPart : la même remarque quant à la formulation que celle au sujet de l'art. 8a^{bis} AP-T.fin. CC peut être faite.

² Code civil en vigueur du 1^{er} janvier 1988 au 31 décembre 2012.

- L'art. 37b al. 1 AP-LPart ne posera pas le même problème d'égalité de traitement que pour les couples mariés (cf. ci-dessus, 1^{er} tiret), car il ne pourra y avoir de nouveaux couples de partenaires enregistrés après l'entrée en vigueur du futur droit du nom. En d'autres termes : tous et toutes les partenaires enregistré.e.s qui le restent ont le choix de prendre un double nom légal pendant leur partenariat.
- En conclusion, la 'petite' solution présuppose l'existence d'un nom de famille commun et n'est ouverte qu'à l'époux ou partenaire dont le nom de célibataire ne devient pas le nom de famille. Elle est compliquée (l'époux dont le nom de célibataire devient le nom commun doit changer son nom s'il portait un autre nom avant le mariage) et ne permet ni aux deux époux de porter un double nom légal officiel, ni de former un nom commun à partir d'un autre nom que le nom de célibataire de l'un des époux (Rapport pt 4.2, p. 12). Elle ne réalise donc pas l'égalité parfaite des personnes mariées et continue à poser des problèmes au sujet des droits de la personnalité et du droit au respect de la sphère privée (cf. I. et II. premier tiret). S'il s'agit d'une solution minimale, elle demeure insuffisante. Sur le plan sociétal, elle paraît dépassée, comme évoqué sous I. Cette solution est à rejeter, étant précisé que le *statu quo* n'est toutefois pas une option.

Grande solution

- Globalement, cette solution couvre de nombreuses hypothèses et accorde un choix accru aux personnes mariées (et aux partenaires enregistrés), ce d'autant plus que les doubles noms pourront être écrits avec ou sans trait d'union (cf. Rapport pt 4.3, p. 13 ss). Elle permettra donc une large adéquation du nom par rapport aux sentiments d'identité de nombreuses personnes mariées. Elle appelle néanmoins des remarques quant à la rédaction du texte légal et au fond des options proposées.
- **La rédaction de l'art. 160 al. 4 ch. 1 AP-CC, de la version française, doit être corrigée.** Le texte indiqué ne correspond ni au texte reproduit dans le Rapport (p. 22), ni aux textes allemand et italien (corrects), et ne fait pas de sens. Il faut lire : « ch. 1: la fiancée ou le fiancé peut déclarer à l'officier de l'état civil vouloir conserver son nom **et le faire suivre** du nom porté jusqu'alors par l'autre fiancé. » Les remarques qui suivent se basent sur le texte français corrigé dans ce sens (pour le même problème concernant le double nom des partenaires enregistrés, cf. ci-dessous, art. 37b al. 2 AP-LPart).
- L'art. 160 al. 4 AP-CC vise deux hypothèses, avec l'ordre des deux noms du double nom différent pour chacune d'elles. Lorsque les deux époux ont conservé leurs noms, le nom conservé de chacun d'eux est en première position, suivi du nom du conjoint (ch. 1) ; les éventuels doubles noms des deux époux seraient dans l'ordre inverse. En revanche, lorsque les époux portent un nom commun, soit le nom de célibataire de l'un des époux, le nom porté par l'autre époux jusqu'au mariage suivrait le nom commun ; ce double nom pourrait être porté par un seul ou les deux époux. Dans la pratique, le risque de confusion des deux manières de composer le double nom semble important, car celle du ch. 2 ne correspond ni à celle du ch. 1, ni au double

nom du droit antérieur. Il est difficile de partager l'avis exprimé dans le Rapport (pt 4.3, p. 14), selon lequel ces options sont claires, même si le concept correspond à la philosophie de base de l'art. 160 CC actuel (qui toutefois n'a pas vraiment fait ses preuves). Imposer la solution du ch. 2 paraît problématique également par rapport aux personnes qui voudraient souligner leur identité forgée avant le mariage tout en évoquant celle, secondaire à leur avis, acquise par le mariage. Voir aussi ci-dessous c., en particulier 3^e tiret.

- Le double nom légal comprenant un nom de famille commun pourrait s'écrire différemment pour les deux époux si seulement l'un d'eux opte pour la version avec le trait d'union (cf. art. 160 al. 4 AP-CC). Cette possibilité est à saluer respectant, elle aussi, les besoins personnels des destinataires des futures normes.
- Le problème de l'inégalité de traitement des couples mariés avant et après l'entrée en vigueur du droit nouveau, se pose aussi dans la 'grande' solution. Cf. Rapport p. 22, dernier paragraphe, p. 23, avant-dernier paragraphe, et ci-dessus I.a, 1^{er} tiret.
- LDI : Les variantes 1 ou 2 évitent l'introduction du double nom en parallèle avec le maintien du nom d'alliance (sauf pour une exception dans la variante 2) et paraissent donc préférables à la variante 3, car elles évitent d'ajouter de la confusion et, partant, des situations difficiles à l'égard de l'état civil des personnes concernées. Toutefois, une bonne application de ces variantes exige une information préalable aux offices compétents et l'uniformisation des pratiques.
- **Art. 37b al. 2 et 3 AP-LPart : La formulation de l'al. 2** posant le même problème que celle concernant l'art. 160 al. 2 ch. 1 AP-CC, elle **doit être corrigée**. Il s'y ajoute que la formulation de l'al. 3 de la version française est incomplète et doit également être corrigée, cf. « **celui-ci** » et non « celui ». Voir aussi Rapport pt 5.3, p. 25.
- Art. 37b al. 2 et 3 AP-LPart : même corrigées et complétées, ces règles appellent les mêmes remarques que par rapport aux ch. 1 et 2 de l'art. 160 al. 4 AP-CC. Les doubles noms seraient composés différemment selon que les époux ont conservé leurs noms ou portent un nom commun. Les remarques faites ci-dessus au 2^e tiret s'appliquent aussi à la situation des partenaires enregistrés concernés.
- Comme pour les couples mariés, la possibilité pour les deux partenaires, sur la base de l'art. 37b AP-LPart, de porter des doubles noms différents (ordre des noms, traits d'union) est à saluer car elle permet à chaque partenaire enregistré de prendre le nom qui correspond le mieux à son identité (sous réserve de l'ordre imposé aux couples ayant opté pour un nom commun).
- En conclusion, la 'grande' solution règle un nombre de cas concrets supérieur à la 'petite solution' et satisfera donc un cercle de personnes plus large, diminuant d'autant le risque d'actions devant la justice, ce qui paraît souhaitable. Les solutions proposées restent néanmoins contraignantes par les règles particulières qui empêchent un choix libre des combinaisons des noms des époux et partenaires enregistrés. Ces règles sont source de confusion pour les personnes concernées, les

offices de l'état civil et la population en général, surtout si le nom d'alliance est maintenu en parallèle. Par ailleurs, les contraintes des règles proposées laisseront encore des attentes de certains destinataires insatisfaites. Un choix plus libre mériterait réflexion, cf. ci-dessous c.

c. Commentaires concernant les deux solutions et leurs lacunes

- La réforme du droit du nom est à saluer. La réintroduction d'un double nom légal correspondra à la volonté de nombreuses personnes mariées et éliminera la faute d'appréciation à la base du droit actuel à l'égard du nom des femmes mariées. Considérant le nombre de cas réglés par les deux solutions et leurs modalités, seule la 'grande' solution paraît répondre aux buts de l'initiative.
- Le futur droit du nom aboutira, par l'effet de la loi ou des décisions des époux, à des situations où les époux ne porteront pas le même double nom (ordre des noms, trait d'union), ce qui est à saluer au nom du respect de l'individualité de chaque destinataire de ces normes. Le Rapport le souligne d'ailleurs à raison dans les développements au point 4.3 (p. 13). La 'grande' solution devrait diminuer le risque d'actions devant la justice de personnes qui considèrent leurs droits de la personnalité et au respect de la sphère privée violés par la loi, sans toutefois éliminer ce risque complètement.
- Les propositions pourraient toutefois aller plus loin pour satisfaire les besoins identitaires de destinataires de ces normes. En l'état, le texte légal proposé reste contraignant, en prescrivant avec précision la composition des deux noms à combiner selon l'option applicable. Mettre le nom d'avant le mariage après le nom commun du couple, même si cela correspond à la logique de la loi adoptée il y a onze années, peut toujours ne pas correspondre au sentiment d'une personne mariée par rapport à son identité. Il en va de même de l'ordre des noms lorsque les époux ont conservé leurs noms. La question se pose alors de déterminer si la réforme, qui implique déjà et le fera encore davantage de coûts et nécessitera des changements importants des pratiques en matière de nom, ne doit pas aller un pas plus loin et permettre le libre choix dans la composition des deux noms des personnes mariées et des partenaires enregistrés dans l'ordre déterminé par chacun d'eux, avec la possibilité de lier les deux noms par un trait d'union³ ? La loi, plus compréhensible, satisferait un plus grand nombre de personnes concernées que le projet et simplifierait grandement la tâche de l'officier de l'état civil. La transmissibilité des noms mériterait alors encore davantage une nouvelle réflexion cf. *supra* remarques préliminaires, à mener le cas échéant dans un deuxième temps.
- Le maintien du nom d'alliance, en parallèle à un double nom légal écrit de manière identique, comporte le risque d'augmenter la confusion entre ces deux types de nom. Une solution semblable à celle pour le partenariat enregistré pourrait s'avérer utile :

³ Voir pour des textes légaux offrant un choix plus large, p.ex. en droit allemand, § 1355 (4), (5) BGB, et en droit autrichien §§ 93 ss ABGB. Voir aussi une proposition de texte dans Baddeley M., Le droit du nom suisse : état des lieux et plaidoyer pour un droit « libéré », FamPra.ch 3/2020, 613 ss, 641.

dès l'adoption de la loi qui permet un double nom légal (avec ou sans trait d'union), de nouveaux noms d'alliance ne seraient plus acceptés. Pour ne pas prêter les personnes qui, par le passé, ont opté pour un nom d'alliance inscrit sur leurs documents officiels, une solution transitoire dans le sens de l'option 2 de la 'grande' solution (cf. Rapport pt 4.7, 2^e tiret, p. 18) pourrait être envisagée, excluant toutefois l'adoption par ces personnes d'un double nom légal en plus.

- Si le nom d'alliance est maintenu, sous une forme ou une autre, plus de précisions seraient souhaitables quant à la définition de ce nom, sa composition et sa relation avec les autres noms qui peuvent être inscrits sur les documents officiels.
- Enfin, il est à regretter que ce projet de révision de la loi ait été reporté de deux ans.

Au nom de la Faculté de droit, Genève, le 7 octobre 2022

Prof. Margareta Baddeley et Prof. Marie-Laure Papaux van Delden



UNIL | Université de Lausanne
Faculté de droit, des sciences criminelles
et d'administration publique
bâtiment Internef
1015 Lausanne

Philippe Meier
Docteur en droit et avocat
Professeur ordinaire (Chaire de droit civil)
Ancien Vice-doyen et Directeur de l'École de droit
E-mail: philippe.meier@unil.ch
Tél.: +4121 692 28 30 / Fax: +4121 692 28 35

Conseil national
Commission des affaires juridiques

Par e-mail rk.caj@parl.admin.ch

Lausanne, le 4 octobre 2022

IP 17.523 - consultation

Madame la Présidente,
Mesdames et Messieurs les membres de la Commission.

L'Université de Lausanne, par l'intermédiaire de la Faculté de droit, des sciences criminelles et d'administration publique et du soussigné, vous remercie de l'avoir consultée en lien avec l'initiative parlementaire sous rubrique.

La suppression de la possibilité du double nom, au sens du droit introduit au 1^{er} janvier 1988, avait été à juste titre critiquée par les milieux professionnels au moment de l'adoption du nouveau droit entré en vigueur le 1^{er} janvier 2013. Un recul statistique de près de 10 ans a conforté ces critiques : le législateur a mal apprécié l'usage qui serait fait par les couples des possibilités nouvellement introduites, couples qui regrettent ne plus pouvoir « marquer » leur mariage aux yeux des tiers par l'ajout du nom porté jusqu'alors avant le nom commun choisi. Il est donc très souhaitable de corriger cette erreur législative par le biais de la « petite solution » proposée dans le rapport explicatif.

La « grande solution » doit être écartée. Le système « coutumier » du nom d'alliance a fait ses preuves et est connu du public, notamment par son usage dans certains documents administratifs. En faire la base d'un nouveau droit du nom n'est pas nécessaire, le droit actuel (avec la réintroduction du double nom au sens de la « petite solution ») suffit. Les révisions de cette matière depuis 20 ans ont montré combien il était opportun d'en rester à des solutions simples et compréhensibles.

Faculté de droit, des sciences criminelles et d'administration publique
[Centre de droit privé](#)

La multiplication des options évoquées dans la « grande solution » (sur l'ordre et le choix des noms) aboutit à un véritable libre-service, confus et inutile, ne répondant par ailleurs pas à un besoin social évident. Dans ce domaine, qui touche directement aux éléments d'identification de l'individu et à son statut d'état civil, il ne saurait à nos yeux être question d'une « privatisation » ou d'une « contractualisation », qui conduirait à devoir ouvrir toutes les options imaginables.

Si le législateur voulait réfléchir à la question du double nom, il devrait le faire prioritairement pour les enfants mineurs. Beaucoup de parents ne comprennent pas l'obligation d'un nom unique même lorsqu'eux-mêmes n'ont pas changé de nom au mariage. Bien qu'elle puisse rompre avec une longue tradition, la faculté pour des enfants de porter un double nom (dont il y aurait lieu de déterminer la composition dans la loi) pourrait dès lors mériter un examen dans un deuxième temps. La Commission l'a écarté pour l'heure.

Le projet n'appelle pas d'autres commentaires de la part de notre Faculté.

En vous remerciant de l'attention que vous porterez à la présente, nous vous prions de croire, Madame la Présidente, Mesdames et Messieurs les Commissaires, à notre considération distinguée.

Pour la Faculté de droit, des sciences criminelles
et d'administration publique de l'Université de Lausanne

Philippe Meier

Prof. Dr Philippe Meier, av.



Verband Schweizerischer Einwohnerdienste (VSED)
Association suisse des services des habitants (ASSH)
Associazione svizzera dei servizi agli abitanti (ASSA)
Associazioni svizra dals servetschs als abitants (ASSA)

Per E-Mail
eazw@bj.admin.ch

Eidgenössisches Amt für das Zivilstandswesen EAZW

Winterthur/Zofingen, 07. Oktober 2022

Vernehmlassung zur Revision des Schweizerischen Zivilgesetzbuches zur Ermöglichung von Doppelnamen bei der Eheschliessung

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und lassen Ihnen gerne unsere Anmerkungen zukommen:

Der Verband Schweizerischer Einwohnerdienste (VSED) begrüsst im Grundsatz die Revision des geltenden Namensrechts. Dabei unterstützt der VSED die «grosse Lösung», welche beiden Ehegatten erlaubt, den Namen voranzustellen und somit als zeitgemässere Variante beurteilt wird. Die «kleine Lösung» würde eher eine Rückkehr zu früheren Regelungen bedeuten, welche vor dem aktuellen Recht in Kraft waren.

Für die Umsetzung in der Praxis werden genaue Definitionen benötigt, bei welchen Namen es sich um amtliche Namen und bei welchen Namen es sich nur um Allianznamen handelt, die im Alltag verwendet und in den Ausweisen wie auch im Einwohnerregister geführt werden können.

Für die Berücksichtigung unserer Anliegen danken wir Ihnen bestens.

Freundliche Grüsse

Verband Schweizerischer Einwohnerdienste

Carmela Schürmann
Präsidentin

Corinne Schär
Sekretärin

Präsidium Carmela Schürmann, Leiterin Einwohnerkontrolle Stadt Winterthur,
Pionierstrasse 7, 8403 Winterthur, Tel. 052 267 57 53, carmela.schuermann@win.ch

Sekretariat Corinne Schär, Leiterin Einwohnerdienste Zofingen, Kirchplatz 26, 4800 Zofingen
Tel. 062 745 71 41, corinne.schaer@zofingen.ch